



WAHLPROGRAMM

Kommunalwahl 2019

AL/Grüne

Einleitung	3
1. Stadtentwicklung und Landschaftsschutz	4
Wohnen und Siedlungsdruck.....	4
Stadtentwicklung heute und morgen	7
Altstadt und Teilorte.....	7
Landschaft schützen.....	9
2. Flott von A nach B ohne CO ₂	11
Regionalstadtbahn.....	11
ÖPNV.....	13
Fahrrad	13
Auto.....	15
Zu Fuß gehen.....	16
3. Vielfalt und Gemeinschaft fördern	17
Familien und Kinder	17
Jugendliche und Beteiligung von Jugendlichen	17
Ältere Menschen	19
Migrant*innen und Integrationsrat	21
Menschen mit Behinderung.....	22
Gesundheit	24
Entschieden gegen Rassismus und Diskriminierung	26
Geschlechtergerechtigkeit.....	26
Armutsprävention und Teilhabeförderung	28
Sport	29
Bürgerbeteiligung	30
4. Gute Bildung – für alle.....	34
Chancengleichheit für Vorschulkinder	34
Für ein gutes Schulsystem.....	34
Gemeinschaftsschule und Ganztageschule	35
Schulsozialarbeit.....	36
Mensa Derendingen / Feuerhägle.....	36
Gute Bildung braucht Digitalisierung.....	37
Inklusion an der Schule.....	38
Lebenslanges Lernen	38

Kulturelle Bildung soll für alle zugänglich sein.....	39
5. Für ein vielfältiges Kulturleben	40
Kunst und Kultur	40
Kulturkonzeption	40
Kulturelle Bildung	41
Kulturelle Infrastruktur	42
Städtepartnerschaften	45
6. Nachhaltig, ökologisch, gemeinwohlorientiert und zukunftsfähig wirtschaften.....	46
Von fossilen zu erneuerbaren Energien	47
Nutzung der Sonnenenergie	47
Gewerbe und Gewerbeflächen.....	48
Wir sehen und akzeptieren Grenzen des Wachstums	50
Naturverträgliche und gemeinwohlorientierte Wirtschaft und Landwirtschaft in Tübingen	51

Einleitung

Liebe Bürger*innen,

Kommunalwahlen sind wichtig! Hier bestimmen Sie, welche Politiker*innen in den nächsten fünf Jahren über die Geschicke der Stadt Tübingen entscheiden!

Tübingen ist attraktiv. An der Universität wird zukunftsweisend geforscht und Ergebnisse in Unternehmen zur Verbesserung des Lebens erfolgreich umgesetzt. Die Stadtgesellschaft ist offen, vielfältig und tolerant. Das Angebot an Kultur und Bildung ist breit, die Bürgerbeteiligung stark entwickelt und die Stadt tut viel freiwillig für die sozial Schwachen über ihre gesetzlichen Pflichten hinaus. Und schließlich – die ökologische Lebensqualität ist hoch, Stichwort "Tübingen macht blau.". Dafür hat die Stadt jetzt den European Energy Award bekommen.

Immer noch mehr Menschen wollen hier leben, studieren, forschen, arbeiten, wohnen und bleiben und alt werden. Noch wächst Tübingen weiter, aber die Grenzen sind absehbar. Die Grundstücksflächen werden knapp, und die Mieten steigen in immer unsozialere Höhen. Seit vielen Jahren haben wir uns auf Innenentwicklung konzentriert, aber die Zeit kommt näher, in der wir auch die Bebauung der letzten Brachflächen ins Auge fassen müssen. Die sind begrenzt und es wird sich immer und verschärft die Frage nach dem ausreichenden Schutz der Naturräume stellen, die für ein ökologisch vertretbares, gesundes Leben unverzichtbar sind. Das Zeitfenster zur Begrenzung des Klimawandels geht zu Ende.

Wir wollen Tübingen nachhaltig lebenswert weiter entwickeln. Dazu müssen wir über Tübingen hinaus ins Umland sehen, Stadt und Land zusammen denken und den Schulterchluss mit der Region enger machen. Dabei wird die Verwirklichung der Regionalstadtbahn eine zentrale Rolle spielen.

Wir AL/Grüne haben in den letzten 20 Jahren die Politik hier maßgeblich mitbestimmt.

Lesen Sie auf den folgenden Seiten, was wir bisher erreicht haben und was wir in den nächsten Jahren vorhaben.

Wir wollen die dynamische Entwicklung unserer Stadt weiter kritisch, ökologisch und sozial im Gemeinderat mitgestalten. Geben Sie uns dafür Ihre Stimme.

Mit grünen Grüßen

Bündnis 90/Die Grünen Stadtverband Tübingen

Alternative und Grüne Liste Tübingen e.V.

Gemeinderatsfraktion AL/Grüne

1. Stadtentwicklung und Landschaftsschutz

Wohnen und Siedlungsdruck

Die Bautätigkeit der nächsten Jahre bringt für Tübingen unter ökologischen Gesichtspunkten große Herausforderungen mit sich. Nicht zuletzt deshalb fordern wir **eine möglichst dichte und qualitätsvolle Bebauung**.

Denn die Stadt hat jetzt knapp 90.000 Einwohner. In den letzten 10 Jahren hat sich die Bevölkerung in Tübingen um ca. 10.000 Menschen vergrößert. Mehr als 9.000 Arbeitsplätze sind neu hinzugekommen.

Diese Menschen haben wir in der Stadt untergebracht, indem wir unter anderem vorbildliche neue Viertel im Stadtbereich geschaffen haben. Beispielsweise sind die Quartiere bei der Ölmühle in Derendingen, am Alten Güterbahnhof, im Quartier Alte Weberei und in der Corrensstraße im Norden auf ehemals anders genutzten Flächen entstanden.

Die Stadt gehört allen. Wir wollen nicht, dass sich auf Grund der hohen Miet- und Immobilienpreise nur noch reiche Menschen in Tübingen niederlassen können.

Die Städtische Wohnungsbaugesellschaft GWG besitzt in Tübingen ca. 2.000 Wohnungen. Damit ist sie das wichtigste Instrument zur Bereitstellung von dauerhaft preisgebundenen Wohnungen. Für Menschen mit Wohnungsberechtigungsschein werden diese etwa 30% unter der im Mietspiegel angegebene durchschnittliche örtliche Vergleichsmiete angeboten.

Deshalb haben wir das Eigenkapital der Gesellschaft gestärkt und werden dafür Sorge tragen, dass der GWG die notwendigen Bauflächen angeboten werden.

Das Queck-Areal in Lustnau ist eines der letzten Gebiete im Stadtbereich, in dem wir noch ein neues Quartier bauen könnten. Wir AL/Grüne wollen dafür sorgen, dass das geschieht.

In Tübingen soll es ca. 500 Baulücken geben. Diese könnten schnell bebaut werden, da die Erschließung mit Anfahrt und Leitungen sowie Baurecht überwiegend bereits bestehen. Auch wenn nicht alle bebaut würden, könnten so für weit über 2.000 Menschen dringend benötigter Wohnraum geschaffen werden.

Wir haben beantragt, als erste Stadt in der Bundesrepublik für Baulücken eine Bauverpflichtung zu erlassen. Eine Überprüfung vom wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestags in enger Zusammenarbeit mit unserem Bundestagsabgeordneten Chris Kühn hat Erfolgsaussichten bescheinigt. Unser Oberbürgermeister Boris Palmer will mit uns diesen Weg beschreiten.

Wir sehen Chancen für Wohnraum in der Stadt, wenn Eigentümer*innen sich **entscheiden, leerstehende Wohnungen zu vermieten**. Gleich nachdem der Gesetzgeber die Möglichkeit dazu geschaffen hat, haben wir AL/Grüne beantragt, dass in

Tübingen die Zweckentfremdung von Wohnraum auch mit Sanktionen belegt werden kann.

Ziel sind nicht Sanktionen, sondern die Vermietung leerstehenden Wohnraums. Als unterstützendes Angebot sollen Eigentümer*innen, die sich zur Vermietung nicht in der Lage sehen, über die Stadt und die GWG einen Vermietungs- und bei Bedarf auch Renovierungsservice in Anspruch nehmen können. Die Eigentümer*innen begleichen die dafür entstehenden zusätzlichen Verwaltungskosten über einen längeren, vertraglich vereinbarten Zeitraum.

Wir sehen Chancen für Wohnraum in der Stadt, wenn das **gemeinschaftliche Wohnen**, zum Beispiel im Alter, stärker gefördert wird. Ältere Menschen leben oft allein in Wohnungen und in Häusern, die tendenziell zu groß für sie sind. Hier wollen wir ältere Mensch unterstützen, wenn sie bereit sind, in eine kleinere Wohnung oder mit anderen zusammenzuziehen. Damit würden größere Wohnungen wieder für Familien zur Verfügung stehen.

Wir sehen Chancen für Wohnraum in der Stadt, wenn große Parkplätze – zum Beispiel bei Rewe/Saturn in der Weststadt – überbaut werden. Die ebenerdigen Parkplätze könnte es weiterhin geben.

All diese sinnvollen Maßnahmen werden vermutlich nicht ausreichen, um den Bedarf an Wohnungen in Tübingen zu decken. Deshalb müssen wir es zulassen, dass maßvoll und mit guten Konzepten auch **am Stadtrand** und **in den Teilorten** gebaut wird. Den Tübinger Teilorten – allen außer Bebenhausen – hat der Gemeinderat Neubaugebiete zugestanden.

Erfreulicherweise hat die Stadt die Möglichkeit, auf dem bisherigen **SWR-Gelände auf dem Österberg** ein neues Wohnquartier zu bauen. Der SWR will dort sein bisheriges Studiogebäude durch ein neues, kleineres ersetzen.

Auch wenn einige Bewohner*innen des Österbergs Einwände geäußert haben: Wir AL/Grüne denken, dass Wohnungsbau auf dem SWR-Gelände im Interesse der Gesamtstadt richtig ist. Wir wollen dort zwischen Grünflächen liegende mehrstöckige Häuser mit einem Drittel Sozialwohnungen errichten.

Die bauliche Erschließung des **Saiben**, bei Derendingen gelegen, wollen wir so lange aufschieben, bis das Baulückenprogramm greift und bis das Queck-Areal vollständig bebaut ist.

Die Entwicklung der Weststadt ist in mehreren Workshops mit den Bewohner*innen gründlich diskutiert worden. Das Ergebnis ist der Rahmenplan Weststadt, der unter anderem die Bebauung der derzeitigen Brachflächen am Schleifmühlweg vorsieht.

Am **Wasserschutzgebiet Au-Brunnen** wird kein Gewerbegebiet entstehen. Neue Gewerbegebiete sind stattdessen zum Beispiel auf den Gansäckern in Pfrondorf vorgesehen und später vielleicht am Schelmen bei Weilheim. Wir AL/Grüne konnten durchsetzen, dass Gewerbegebiete am Stadtrand und in Teilorten erst dann erschlossen

werden, wenn nachweislich vorhandene Gewerbegebiete nachverdichtet wurden und es in der Innenstadt keine passenden Flächen mehr gibt.

Das **Universitätsklinikum Tübingen (UKT)** hält weitere Flächen für neue Klinikgebäude für notwendig. Die Universität möchte sich ebenfalls erweitern und fordert neue Gebäude in der Nachbarschaft des Klinikums. Für diese Erweiterungen war ursprünglich der Großteil des Steinenbergs vorgesehen. Der Steinenberg liegt westlich im Anschluss an die Kliniken auf dem Schnarrenberg.

Das UKT ist eine überregional wichtige Einrichtung, deren Weiterentwicklung wir nicht behindern sollten. Wir AL/Grüne haben aber immer für den Erhalt der Streuobstwiesen auf dem Steinenberg gekämpft! Nach derzeitigem Stand wird **der Großteil des Steinenbergs Naturschutzgebiet**.

Nach dem bisherigen Flächennutzungsplan (FNP) war das Gebiet vom Schnarrenberg bis an die Friedrich-Dannenmann-Straße (Gewann Weilerhalde, Zwerenbühl, Hasenbühl) für das Klinikum reserviert. Das ist vom Tisch. Im neuen FNP ist nur noch ein Streifen direkt westlich an das UKT anschließend für mögliche weitere Klinikbauten eingetragen. In dieser Veränderung des FNPs sehen wir auch einen Erfolg von uns AL/Grünen.

Das UKT hat einem Rahmenplan zugestimmt und damit der Nachverdichtung auf den bisher genutzten Flächen. Wenn das UKT dann noch weitere Flächen benötigt, ist dafür ein Streifen am Steilhang auf der anderen Seite der Schnarrenbergstraße vorgesehen, an der Sarchhalde. Diese Fläche wird frühestens in den 2030er Jahren gebraucht. Ein großer Vorteil gegenüber dem Steinenberg: Gebäude auf der Sarchhalde können gut mit dem Bus oder auch mit der Regionalstadtbahn erreicht werden.

Bei den Neubaugebieten wie jetzt in den Teilorten wird die Stadt nach dem Zwischenerwerbsmodell vorgehen. Das bedeutet, **die Stadt kauft zunächst das gesamte Gelände** und verkauft anschließend die Parzellen zu einem festgelegten Preis (also nicht meistbietend!) an Interessent*innen. Diese müssen sich mit einem schlüssigen Konzept bewerben und gewisse Kriterien erfüllen.

Dabei ist es das Ziel, lebendige, vielseitige Viertel zu schaffen, in denen sich viele Menschen wohlfühlen. Quartiere, in denen gewohnt und gearbeitet wird, sind interessant und lebendig. Wir wollen eine konsequente **Nutzungsmischung** innerhalb der Stadtquartiere.

Bisher haben in den Neubaugebieten im Innenstadtbereich oft Baugruppen für sich selbst gebaut. Das werden wir auch in Zukunft fördern. Wir begrüßen es aber auch, wenn **Wohnbaugenossenschaften** und andere gemeinnützige Träger Grundstücke erwerben und Wohnungen für Menschen mit kleinem oder mittlerem Einkommen bauen. Wir begrüßen es, wenn sich Menschen zusammentun und neue Wohnformen erfinden.

Grundsätzlich finden wir, dass **Wohnraum nicht Privateigentum sein muss!** Es gibt Organisationen, die Häuser als Gemeineigentum vorsehen, so das Mietshäusersyndikat,

dessen Engagement wir AL/Grüne sehr schätzen. Die Immobilien des Mietshäusersyndikats können kein Privateigentum werden.

So lässt sich Spekulation abwehren. Stadtverwaltung und Gemeinderat sind derzeit im Gespräch darüber, in welchen Fällen die Stadt ihre Grundstücke, anstatt sie zu verkaufen, in Erbbaurecht vergibt. Das würde heißen, die Stadt ermöglicht Bebauung und langjährige Nutzung, der Boden bleibt aber Eigentum der Stadt.

Die Beliebtheit unserer Stadt führt zu höheren Preisen und zu höheren Mieten. Wir wollen aber nicht, dass nur noch Wohlhabende in Tübingen wohnen können.

Das **Programm Fairer Wohnen** sieht daher eine ganze Reihe von Maßnahmen für Menschen mit kleinem oder mittlerem Gehalt vor. So sollen in den Neubaugebieten jeweils ein Drittel Sozialwohnungen entstehen.

Jetzt haben wir eine Clearingstelle bei der Stadtverwaltung geschaffen. Ihre Aufgabe wird es sein, Menschen mit besonderen Bedarfen bei der Vermittlung von Wohnraum zu unterstützen. Auch die Vermieter*innen können Beratung in Anspruch nehmen.

Wir AL/Grüne sagen schon seit längerem: Es müssen wieder mehr geförderte Wohnungen gebaut werden!

Stadtentwicklung heute und morgen

Altstadt und Teilorte

In der Tübinger Altstadt gibt es schon seit Jahrhunderten Nutzungsmischung. Nicht zuletzt deshalb ist Tübingens Altstadt so attraktiv. Hier findet Handel und Kultur statt, und hier wird gewohnt. Die Altstadt braucht auch unseren Schutz und unsere Zuwendung!

Viele unterschiedliche Gruppen haben unterschiedliche Wünsche an die Altstadt, zum Beispiel die Studierenden, die spätabends feiern, und Bewohner*innen, die schlafen wollen. Darum kommt es immer wieder zu Konflikten.

Der Gemeinderat hat beschlossen eine*n Nachtbürgermeister*in einzustellen. Die Aufgabe wird sein, zwischen den verschiedenen Gruppen zu vermitteln.

Wir AL/Grüne haben auch **mehr Personal beim städtischen Ordnungsdienst** angeregt, der in der Nacht Streife läuft und ab 22 Uhr für Ruhe sorgen soll.

Den Müll, den Nachtschwärmer*innen liegen lassen, räumt derzeit jeden Morgen der Kommunale Servicebetrieb weg. Die Stadtverwaltung prüft derzeit mit Unterstützung des Gemeinderates eine Steuer auf „to go-Verpackungen“. AL/Grüne unterstützen das.

Die Teilorte

Jeder der acht Teilorte Bebenhausen, Bühl, Hagelloch, Hirschau, Kilchberg, Pfrondorf, Unterjesingen und Weilheim hat seine eigene Geschichte, seine eigenen Gepflogenheiten und seine eigenen Vereine, die zur Lebendigkeit des Ortes beitragen. Wir AL/Grüne wollen den dörflichen Charakter der Teilorte erhalten, also auch deren Verwaltungsstellen.

Bevor sich die Teilorte nach außen vergrößern, sollen die **innerörtlichen Baulücken** geschlossen werden. Vorrang vor Nachverdichtung hat die Wiederbelebung bisher ungenutzter Bestandsgebäude. Insbesondere in den Teilorten, aber auch in Lustnau, Derendingen und in der Innenstadt sollen Scheunen, Ställe und Wirtschaftsgebäude, die leer stehen oder nicht mehr genutzt werden, erfasst werden. Für die Eigentümer*innen sollen Anreize geschaffen werden, damit sie ihre Gebäude sanieren, vermieten, selbst nutzen oder verkaufen. Wir wollen für solche Vorhaben eine kostenlose Erstberatung durch die Stadtverwaltung.

Wo ein Neubaugebiet entsteht, soll die Fläche gut ausgenutzt werden und die Mieten sollen bezahlbar bleiben. Das ist möglich, wenn wir es schaffen, pro Hektar Fläche mindestens 100 Einwohner*innen unterzubringen.

Mehr Menschen in den Teilorten bedeutet, dass die **Infrastruktur** besser genutzt wird. Außer in Bebenhausen gibt es in jedem Teilort eine Grundschule. Einzelhandel, von dem alle Bewohner*innen profitieren, lohnt sich eher, wenn mehr Menschen am Ort wohnen. Ein Laden zur Nahversorgung hat auch eine soziale Funktion. Vorbildlich finden wir den Dorfladen in Pfrondorf.

Der demographische Wandel führt auch in den Teilorten dazu, dass mehr Menschen auf Hilfe und Pflege angewiesen sind. Daher braucht es altersgerechte Wohnungen und Pflege-WGs vor Ort, denn viele Menschen wollen auch im hohen Alter in ihrer Ortschaft leben. Die Stadt soll die Akteur*innen vor Ort finanziell und logistisch unterstützen!

Durchgangsverkehr ist für Unterjesingen und die Teilorte im Neckartal eine große Belastung. Auch deshalb sind wir für eine Elektrifizierung der bisherigen Bahnstrecken; wir sind für die **Regionalstadtbahn!**

Dafür brauchen wir genügend Haltestellen und einen klug getakteten Fahrplan. Außerdem wollen wir in den Teilorten künftig auch abends und sonntags einen verlässlichen Halbstundentakt in beide Richtungen.

Wir werden uns über unsere Vertretungen im Regionalverband und im Kreistag dafür einsetzen.

Landschaft schützen

Der Schutz der Natur als unserer Lebensgrundlage liegt uns AL/Grünen traditionell von Beginn an am Herzen.

Liebenswert und typisch für unsere reiche Kulturlandschaft in und um Tübingen herum sind die **Streuobstwiesen und Trockenmauern**. Trockenmauern finden Sie noch an steilen Hängen und in den Weinbergen. Sie wirken gegen Erosion und geben seltenen Tieren Unterschlupf. Wir AL/Grüne haben dafür gesorgt, dass die Stadt den Erhalt dieser Mauern bezuschusst.

Wenn Sie zu den Menschen gehören, die gern ihr eigenes Obst und Gemüse anbauen, sollen Sie dazu die Chance bekommen, zum Beispiel in **Gemeinschaftsgärten**. Solche Gärten bringen Freude, Erholung und Erlebnisse in der Gemeinschaft. Nebenbei bieten sie mehr biologische Vielfalt als Rasenflächen oder gar mit Kies bedeckte Gartenbeete.

Zu einer lebendigen Kulturlandschaft gehört auch die **ökologische Landwirtschaft**. Es ist uns wichtig, dass auch weiterhin ökologische Landwirtschaft im Tübinger Stadtgebiet betrieben wird. Wenn Sie hier erzeugte Lebensmittel genießen können, braucht es keine langen Transportwege, und die Natur wird geschont.

Um Landwirt*innen eine ökonomisch gesicherte Lebensgrundlage zu sichern, denken wir über eine Förderung der solidarischen Landwirtschaft (SOLAWI) nach. Dabei tut sich ein*e Landwirt*in mit einer Gruppe von Menschen zusammen, die garantieren, dass sie die produzierten Lebensmittel abnehmen. Sie übernehmen auch die Verteilung, so dass auch kurze Transportwege garantiert sind.

Neben landwirtschaftlich genutzten Flächen gibt es in der Stadt auch **Grünflächen**, die der Erholung dienen. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Grünflächen möglichst gut miteinander verbunden werden, damit Sie entspannt durch die Stadt flanieren und trotzdem ganz viel Natur genießen können

Ein sehr gutes Mittel, um Grünflächen auf ganz natürliche Weise miteinander zu verbinden, ist die **Renaturierung von Gewässern**. Das verringert die Hochwassergefahr und fördert die ökologische Vielfalt. Ein gutes Beispiel ist das Ufer der Steinlach und das der Ammer in der Weststadt und in Lustnau. Hier darf der Fluss mitten im Siedlungsgebiet frei und kurvenreich verlaufen, und die Leute freuen sich daran. In den letzten Jahren hat zudem der Weilerbach wieder einen natürlichen Verlauf bekommen, weitere Bachläufe sollen folgen.

Uns ist bewusst, dass noch weitere Maßnahmen notwendig sind, um unsere Stadt gegenüber zunehmender Hitze und extremen Wetterumschwüngen **widerstandsfähig** zu machen. Wir AL/Grüne haben erreicht, dass dazu eine Strategie entwickelt wird. Wir wollen gerüstet sein, damit wir alle weiterhin so gefahrlos wie möglich in Tübingen leben können.

Als konkrete Maßnahmen denken wir unter anderem an Fassaden- und Dachbegrünungen, an vielfältige Bepflanzung zur Förderung der Insekten oder an die Aktion „1000 Bäume für Tübingen!“. Wir wollen mehr **Biodiversität!**

Im Entwurf des neuen Flächennutzungsplans ist es uns gelungen, die Kiesäcker bei Weilheim vor der vorgesehenen Bebauung mit Gewerbe zu verschonen.

Stattdessen ist östlich von Weilheim eine Gewerbefläche vorgesehen, die aber erst dann bebaut werden darf, wenn die bestehenden innerörtlichen Gewerbeflächen nachverdichtet worden sind. Diese Bedingung ist einmalig in Baden-Württemberg. Sie geht auf unsere Initiative zurück.

Übrigens: Sollte sich Tübingen erfolgreich für eine Landesgartenschau in den 2030er Jahren bewerben, werden wir **auf die Vernetzung von Grünflächen und** auf all die genannten **ökologischen** Gesichtspunkte achten!

2. Flott von A nach B ohne CO₂

Die meisten Tübinger*innen bewegen sich gerne zu Fuß, mit dem Rad oder nehmen den Bus. Dreiviertel der Wege innerhalb unserer Stadt werden auf diese umweltfreundliche Weise zurückgelegt. Das werten wir AL/ Grüne als Bestätigung unserer Verkehrspolitik. Eine große Herausforderung für Tübingen ist aber der Pendlerverkehr, der weiterhin zunehmen wird. Berufstätige, Studierende, Patient*innen der Kliniken, rund 50.000 Menschen, kommen pro Tag nach Tübingen. Etwa 15.000 Tübinger*innen pendeln zu anderen Städten.

„Heute nehme ich den Bus und das Fahrrad, morgen die Bahn, den Fernbus oder eine Mitfahrgelegenheit. Und zum Großeinkauf das Teilauto“. So äußern sich viele junge Menschen, die kein eigenes Auto anstreben. „Smart Mobility“ – die intelligente digitale Vernetzung der Verkehrsmittel – wird solches Mobilitätsverhalten stark erleichtern und fördern.

Wir haben in Tübingen eine Stelle für Mobilitätsberatung geschaffen und nun dauerhaft finanziert. Damit können sich Menschen über sämtliche Mobilitätsangebote informieren und ein individuelles, persönliches Konzept bekommen. Dieses Angebot ist übrigens für die Bürger*innen kostenlos.

Regionalstadtbahn

Ohne Umsteigen zum Arbeitsplatz

Ein großer Teil der Tübinger Arbeitnehmer*innen kommt aus dem Umland. Die Zahl der Pendler*innen wird in den kommenden Jahren mit der wachsenden Anzahl an Arbeitsplätzen weiter steigen.

AL/Grüne setzen sich für Alternativen zum Pendeln mit dem Auto ein. Zu unserem größten Arbeitgeber, dem Universitätsklinikum, fahren täglich auch noch über 1.000 Patient*innen und Besucher*innen.

Wir warnen davor, den Verheißungen einer im Niedergang befindlichen Automobilindustrie Glauben zu schenken. Autonom verkehrende Straßenfahrzeuge werden die Leistungsfähigkeit von Stadtbahnsystemen in absehbarer Zeit nicht erreichen. Als Zubringer zu Schienenverkehrsachsen im ländlichen Raum werden sie Bedeutung erlangen. Innenstädte würden damit noch mehr verstopft als bisher.

Am Klinikum sind sich alle einig, dass deshalb die Regionalstadtbahn eine wichtige Funktion haben wird. Und die verschiedenen politischen Parteien sehen das ebenso. Der Ausbau und die Elektrifizierung der Strecke Herrenberg bis Bad Urach ist bereits im Bau.

Die anderen nach Tübingen führenden Bahnstrecken von Horb und von Albstadt werden bald folgen. Tübingen bekommt dadurch weitere Bahn-Haltestellen, nämlich Weilheim, Mühlbachäcker (Behördenzentrum), Steinlachwasen, Alter Güterbahnhof und Neckaraue. Dadurch wird die Regionalstadtbahn auch für Menschen, die innerhalb von Tübingen pendeln attraktiver. Sie kommen dann nämlich auf einigen Strecken ohne Umsteigen ans Ziel.

Um möglichst viele Pendler*innen zum Umstieg vom Auto zum Nahverkehr zu bewegen, muss die Weiterfahrt vom Tübinger Hauptbahnhof zu ihren Arbeits- und Ausbildungsplätzen reibungslos und ohne Zeitverlust klappen. Das ist am ehesten der Fall, wenn die Züge von Herrenberg, Horb, Mössingen oder Reutlingen kommend über den Tübinger Hauptbahnhof durch die Stadt bis zum Klinikum durchfahren oder weiter zum Technologiepark und nach Waldhäuser Ost. Dann fällt das Umsteigen am Hauptbahnhof weg.

In anderen Städten und Regionen ist es gelungen, dass bedeutend mehr Menschen Bus und Bahn benutzen, eben weil sie ohne Umsteigen vom Land in die Stadt kommen und umgekehrt.

Die Regionalstadtbahn hat gleich mehrere Vorteile:

- Die Gemeinden in der Region sind besser an Tübingen angebunden.
- Das Wohnen an diesen Orten wird dadurch deutlich attraktiver als bisher.
- Das Pendeln wird einfacher und unabhängiger vom Auto.
- Die Infrastruktur in den umliegenden Gemeinden wird besser genutzt und dadurch günstiger.
- Ganz wichtig: der Siedlungsdruck auf Tübingen sinkt etwas ab, das bedeutet, dass nicht mehr ganz so viele Menschen nach Tübingen drängen wie bisher.

Natürlich spielen dabei auch die Preise eine Rolle. Hier haben wir schon einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung gemacht. Auch die Landesregierung hat bei den regionalen Bahnstrecken die Preise in großem Umfang gesenkt.

Grüne in der Landesregierung und AL/Grüne in Tübingen ziehen an einem Strang: Wir wollen weniger motorisierten Individualverkehr, und wir fördern den Verkehr auf den Schienen!

Jetzt müssen die Pünktlichkeit und Qualität besser werden. Wir setzen auf die Regionalstadtbahn, sie bringt Elektrifizierung und neue Fahrzeuge. Und es wird mehr Strecken mit zwei Gleisen geben.

Optionen prüfen

Wir sprechen uns für das Projekt Regionalstadtbahn mit der Tübinger Stadtbahnstrecke aus. Denn sie benötigt von allen motorisierten Verkehrsmitteln pro Fahrgast am wenigsten Energie. Zudem kann die Bahn pro Stunde mehr Menschen von A nach B bringen als ein Bus. Das wäre auch für die Tübinger*innen selbst gut. Sie hätten bessere

Luft und wir können dem wachsenden Druck auf den Tübinger Wohnungsmarkt entgegenwirken. Ein neues Verkehrssystem soll genau das bewirken.

Ein solch wichtiges Projekt bedarf jedoch einer breiten Legitimation. Deshalb wird es einen Bürgerentscheid über die Tübinger Stadtbahnstrecke geben. Wir wollen, dass alle denkbaren Alternativen untersucht werden. Deshalb haben wir AL/Grüne im Gemeinderat für eine solche Prüfung der Alternativen gestimmt und einen Antrag auf mehr Mittel für diesen Zweck unterstützt. Die Ergebnisse werden den Tübinger Bürger*innen dann präsentiert.

ÖPNV

Wie kommen wir zum ticketfreien TüBus?

Wir haben in den vergangenen Jahren darüber diskutiert, wie man den ÖPNV für die Kund*innen billiger machen oder ticketfrei anbieten kann. Wir von AL/Grüne haben im Gemeinderat durchgesetzt, dass seit Februar 2018 der TüBus samstags ticketfrei ist. Wir wollen, dass dies auch in den folgenden Jahren so bleibt. Wir hoffen, dass wir durch Zuschüsse vom Land und vom Bund die Ticketfreiheit auf weitere Tage ausdehnen können, wenn möglich die ganze Woche.

Falls dies nicht gelingt, wollen wir das Angebot mit einer 365-Euro-Jahreskarte für Erwachsene. Damit fahren Erwachsene für einen Euro am Tag. Die Einführung soll wie der ticketfreie Nahverkehr per Bürgerbefragung entschieden werden. Das Schülerticket haben wir im Gemeinderat bereits einmütig auf 15 Euro pro Monat gesenkt.

Wir setzen uns für die Anschaffung von weiteren Bussen mit umweltfreundlicherem Hybrid-, Wasserstoff- oder Elektroantrieb ein!

Fahrrad

Radfahren erleichtern!

Viele Tübinger*innen fahren gern Fahrrad, insgesamt legen sie damit ein Viertel ihrer Wege in der Stadt zurück. Wir AL/Grüne glauben, dass sich diese Verkehrsart noch weiter durchsetzt, auch für Pendler*innen aus oder zu den umliegenden Orten. Wir orientieren uns hier an Städten wie Amsterdam und Kopenhagen, die hier vorbildliche Rahmenbedingungen geschaffen haben. Wir wollen Anreize schaffen, damit sich noch mehr Menschen entscheiden, „Rad zu fahren“.

13 Millionen Euro für den Radverkehr!

Die vielen Radfahrer*innen haben unterschiedliche Bedürfnisse. Gut Trainierte oder Pedelec-Fahrer*innen möchten ihre Strecken rasch und ohne Umwege zurücklegen. Für sie haben wir zwei Varianten an Radwegen vorgesehen:

- Schutzstreifen mit gestrichelter Linie am rechten Rand der Verkehrsachsen und
- geschützte Radstreifen, die baulich und farblich von der übrigen Fahrbahn getrennt sind. Diese sind exklusiv für den Fahrradverkehr reserviert.

Wir begrüßen, dass solche vier Meter breiten Fahrradwege bald am Europaplatz angelegt werden, um den Radler*innen eine sichere und zügige Fahrt zu ermöglichen.

Es gibt auch Radfahrer*innen, denen Geschwindigkeit nicht so wichtig ist. Für sie bieten wir Wege abseits der viel befahrenen Straßen an. Werden die Wege gemeinsam mit Fußgänger*innen genutzt, müssen sie breit genug und nachts gut beleuchtet sein.

In den kommenden Jahren werden drei wichtige Fahrradbrücken gebaut:

- **2019:** Die Überquerung der Steinlach zwischen Wöhrdstraße und dem Kino Blaue Brücke.
- **2020:** Die Fahrradbrücke am Stauwehr verbindet die neue Bahnunterführung beim Alten Güterbahnhof mit der Gartenstraße.
- **2021:** Die Brücke über die Bahnlinie zwischen dem Behördenzentrum und den Schulen in der Uhlandstraße schafft eine sichere und ampelfreie Schnellverbindung zwischen Derendingen und dem Fahrradtunnel bis zum Haagtorplatz.

Und der „Bankmann-Steg“ beim Ruderverein wird barrierefrei ausgebaut.

Für diese gewaltigen Investitionen in den Radverkehr nehmen wir in den Jahren 2019-2021 insgesamt **13 Millionen Euro** in die Hand.

Gleichzeitig haben wir nach wie vor die Beseitigung kleinerer Lücken und Gefahrenstellen im vorhandenen Radwegenetz sowie die regelmäßige Instandhaltung im Blick.

Verbesserungsbedarf sehen wir in der Radwegeführung entlang der Wilhelmstraße und in der Rümelinstraße. Wenn der Einbahnstraßenring um den Alten Botanischen Garten aufgelöst wird, wollen wir AL/Grüne mehr Platz für sichere Radstreifen! Wir wollen auch, dass die Ampeln dort besser auf Radfahrer*innen abgestimmt werden, um Wartezeiten zu reduzieren.

Gemeinsam mit der Grünen Fraktion im Kreistag haben wir Machbarkeitsstudien für Radschnellwege von Reutlingen, Rottenburg und Hechingen nach Tübingen beantragt. Wir sind zuversichtlich, dass diese Wege in den nächsten Jahren gebaut werden. Wir werden darauf drängen, dass sie bis ins Zentrum führen und für S-Pedelecs freigegeben werden.

In Tübingen gibt es trotz vieler zusätzlicher Anlagen immer noch zu wenig Parkplätze für Fahrräder. Auch dank unserer Beharrlichkeit werden in den nächsten Jahren rund um den Hauptbahnhof ca. 2.000 neue Fahrradstellplätze gebaut, davon circa 1.200 in der Tiefgarage vor dem Hauptbahnhof. Die meisten sind kostenlos, aber gegen eine Gebühr wird es auch bewachte Parkplätze geben.

Uns ist wichtig, dass alle Anlagen gut beleuchtet sind und kurze Wege zu Bus und Bahn haben. Auch an anderen Stellen in der Stadt wollen wir sichere Fahrradparkplätze, beispielsweise abschließbare Boxen.

Es gibt in Tübingen schon länger Leih-Fahrräder und seit 2018 Leih-Elektroroller. Wir wollen diese Angebote ausbauen.

Auto

Über Jahrzehnte wurde dem Auto eine dominante Rolle eingeräumt. Wir AL/Grüne wollen den Autoverkehr reduzieren, aus ökologischen Gründen und weil er zu viel Platz verbraucht. Der Autoverkehr hat seit dem Start der Kampagne „Tübingen macht blau“ noch nichts zur Einsparung von Treibhausgasen in Tübingen beigetragen.

Deshalb werden wir Carsharing weiter fördern. Zum Beispiel möchten wir noch mehr Abstellplätze speziell für Teilautos reservieren, auch in Parkhäusern. Parkhäuser sind zudem der richtige Ort, um mehr Ladestationen für Elektrofahrzeuge anzubieten.

Ein weiterer Beitrag, um Treibhausgase einzusparen, wäre Tempo 30 als allgemeine innerörtliche Geschwindigkeit. Dies fordert der VCD. Wo man schneller fahren darf, soll das gesondert ausgeschildert werden.

Die **Mühlstraße** ist eine sehr wichtige Verkehrsachse. Wir finden, sie soll vorrangig für den ÖPNV da sein, also für Busse oder möglicherweise eines Tages für die Regionalstadtbahn. Auch Rettungsfahrzeuge, Taxis und Lieferanten sollen die Mühlstraße in beiden Richtungen nutzen dürfen, private Autos jedoch nicht. Das verschafft den Radfahrer*innen und den Fußgänger*innen mehr Raum.

In der Mühlstraße zeigen sich weitere Vorteile der Regionalstadtbahn:

- Sie kann mehr Fahrgäste transportieren als ein Bus.
- Zwei einander entgegenkommende Stadtbahnen brauchen weniger Platz als zwei einander begegnende Busse. Eine Stadtbahn lässt damit mehr Platz für Radfahrer.

Unabhängig von weiteren Planungen zum Verkehr: Die **Einbahnstraßen rund um den Alten Botanischen Garten** sollen möglichst bald in normale Straßen mit Gegenverkehr umgewandelt werden. Die Stadtwerke haben **für den Busverkehr** berechnet, dass sie die Einbahnstraßen-Regelung jährlich 440.000 Euro kostet. Wenn hier der Verkehr in beide Richtungen fließt, muss man außerdem vom Österberg kommend keine so großen Umwege mehr fahren.

Die **Bundesstraße B28** bekommt derzeit eine neue Trasse. Aus den Durchgangsstraßen können dann wieder Straßen für diejenigen werden, die selbst in den Orten leben! Wir sind für eine baldige Planung des Straßenrückbaus in Hirschau, Kilchberg und Bühl!

Straßen sollen wieder zu Orten werden, an denen die Menschen sich begegnen und vielleicht Zeit für ein Schwätzchen haben.

Zu Fuß gehen

Das Gehen zu Fuß ist die natürlichste und einfachste Möglichkeit sich fortzubewegen. Wir haben durchgesetzt, dass es im städtischen Haushalt einen eigenen Etat für die Sanierung von Fußwegen gibt. Uns liegt daran, die vergessenen und zugewachsenen Fußwege wiederherzurichten. Wir beantragen den vom Land bezuschussten „Fußverkehrs-Check“ um Schwachpunkte bei Fußwegverbindungen aufzudecken.

In der Altstadt ist ein gut begehbares Pflaster wichtig für ein angenehmes Zu-Fuß-Gehen und für die Fortbewegung im Rollstuhl, mit einem Rollator oder einem Kinderwagen. Die sanierten Stellen der Neuen Straße und in der Haaggasse zeigen, wie groß der Unterschied zum alten Kopfsteinpflaster ist. AL/Grüne unterstützen die Sanierung von Altstadtgassen – und zwar in Zukunft mit heimischen Steinen!

Zum Schutz der Fußgänger*innen und Rollstuhlfahrer*innen muss das Parkverbot in der Altstadt konsequenter durchgesetzt werden. Beim Sanieren von Straßen und Fußwegen ist immer auf Barrierefreiheit zu achten.

3. Vielfalt und Gemeinschaft fördern

Familien und Kinder

Entgegen dem Trend in Bund und Land ist in Tübingen die Zahl der Menschen, die geboren werden, höher als die Zahl der Menschen, die sterben. Wir werden daher die Kommunalpolitik weiterhin familienfreundlich ausrichten. Wir wollen, dass sich Tübinger*innen gerne für Familie und für Kinder entscheiden können.

Familienfreundlichkeit hat viel zu tun mit den Bildungsangeboten, mit dem Arbeitsmarkt, dem Wohnungsmarkt, mit Städtebau und mit Kinderbetreuungsmöglichkeiten.

Wir haben in den letzten Jahren einige Vorhaben angestoßen und weiterentwickelt:

- Es gibt die KreisBonusCard /KinderCard extra für Familien mit niedrigem Einkommen.
- Baugruppen erleichtern den Erwerb von Wohneigentum.
- Straßen wurden in verkehrsberuhigte Zonen umgewandelt.

Eine große Rolle spielt das **Lokale Bündnis für Familie**, zu dem sich über 60 Einrichtungen und Einzelpersonen zusammengeschlossen haben. Wir unterstützen die vielen Initiativen, die vom Bündnis angestoßen werden. Die Familienbeauftragte arbeitet eng mit dem Bündnis zusammen. Sie hat zum Beispiel Familientreffs an den Kindertagesstätten initiiert. Dort können Familien sich treffen, Beratung und Hilfe bekommen.

Kinder brauchen ihre eigenen Räume

Kinder haben ihre eigenen Bedürfnisse, wollen sich bewegen, spielen, toben, die Welt um sich herum erkunden. Sie brauchen Plätze, an denen sie das tun können, ohne in Gefahr zu geraten. Gelungene Beispiele dafür sind die Jugendfarm in Derendingen und der Tübinger Kindersommer. Wir werden all das weiterhin unterstützen.

Allgemein müssen bei der Planung des öffentlichen Raums Kinder mehr als bisher beteiligt werden. Ihre Bedürfnisse müssen berücksichtigt werden. Das gilt besonders bei der Entwicklung neuer Wohngebiete. Dort müssen Frei- und Grünflächen für Kinder mit eingeplant werden, so wie jetzt in der Weststadt.

Jugendliche und Beteiligung von Jugendlichen

Jugendliche brauchen Freiräume, in denen sie sich treffen, sich ausprobieren, „ihr Ding“ machen können.

Es gibt in Tübingen ein gutes Angebot an Jugendhäusern und Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit. Insbesondere das Jugendcafé in der Nähe von einigen Schulen und nah am Hauptbahnhof stellt eine Verbesserung dar und bietet einen Treffpunkt für viele Jugendliche.

Wir unterstützen den Jugendgemeinderat dabei, weiterhin aktiv an der Stadtplanung mitzuwirken.

Wir unterstützen sehr die Jugendhausinitiative in Lustnau und wollen, dass das Jugendhaus möglichst schnell gebaut wird.

Wir setzen uns für eine legale Freeride-Strecke für jugendliche Mountainbiker*innen ein und für das Projekt „Three in one“ (Siehe auch Thema Sport).

Auch Sportvereine spielen für Jugendliche eine wichtige Rolle. Wir AL/ Grüne haben uns dafür eingesetzt, dass die Zuschüsse für die Jugendarbeit der Sportvereine erhöht werden.

Die Förderung von Jugendlichen ist auch Teil der neuen **Kulturkonzeption**. Dabei ist sowohl an Räume für jugendliche Bands und Theatergruppen gedacht als auch an größere Projekte. Zum Beispiel das RACT-Festival, das von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in vielen ehrenamtlichen Stunden organisiert wird und junge Menschen aus ganz Deutschland anzieht. Wir wollen, dass diese und ähnliche Veranstaltungen auch in Zukunft in Tübingen stattfinden.

Auch das überregional beachtete Breakdance-Turnier „Southside Battle“ unterstützen wir weiterhin. Wir wollen Jugendlichen die Chance bieten, sich auszuprobieren. Dazu hat ihnen die Stadt unter anderem die Wände für legales Graffitisprayen in der Schaffhausenstraße sowie die Pipelines zum Inline-Skaten und Skateboard-Fahren zur Verfügung gestellt.

AL/Grüne setzen sich für eine Förderung der Clubkultur ein. Die erfolgreiche Arbeit des Jugendkulturbüros im Epplehaus und in der Musikwerkstatt muss weiterhin gefördert werden.

Gewaltprävention und Sozialarbeit

Orte für Jugendliche, an denen sie lernen, mit Gewalt und Aggression umzugehen, müssen gefördert werden. Das Ki-Dojo in der Tübinger Südstadt ist so ein Ort. AL/Grüne haben dieses Projekt von Anfang an unterstützt und wir setzen uns weiterhin für den gemeinnützigen Trägerverein ein.

Auch Projekte wie die „Trinkbar“, die der Alkoholprävention dient, wollen wir weiter unterstützen.

Zur Prävention gehört die Methode CTC „Communities that care“, die die Stadtverwaltung einsetzt. Es wird untersucht, wie die Kommune das gesunde Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen fördern kann. Dabei geht es auch um die Gestaltung des öffentlichen Raums.

Spezielle Angebote für Mädchen und Jungen

Wir unterstützen differenzierte Angebote für Mädchen und Jungen. Für Mädchen gibt es Einrichtungen wie Tima und das Mädchencafé. Wir fördern auch Initiativen wie die „Pfunzkerle“ die sich speziell an Jungen richtet.

Spezielle Angebote LSBTTIQ-Jugendliche

Jugendliche, die für sich erkennen, LSBTTIQ zu sein, sollten eine eigene Anlaufstelle haben. Wir setzen uns dafür ein, dass LSBTTIQ-Jugendgruppen besser gefördert werden, damit Jugendliche nicht das Gefühl haben, allein zu sein.

LSBTTIQ ist die Abkürzung für:

- Lesbisch
- Schwul
- Bisexuell
- Transgender
- Transsexuell
- Intersexuell
- Queer

Ältere Menschen

Unsere Stadt zählt zu den jüngsten Deutschlands. Dennoch stellt die veränderte Alterspyramide auch Tübingen vor neue Aufgaben im Umgang mit und in der Fürsorge für alte und hochbetagte Menschen. Um diese zu bewältigen müssen alle Aspekte des „Miteinander-Lebens“ bedacht und im Hinblick auf das Leben im Alter gestaltet werden.

Wohnen im Alter

Wir wollen die Schaffung neuer Wohnformen, möglichst genossenschaftlich/ gemeinschaftlich, für flexibles generationsübergreifendes Wohnen voranbringen, also auch für Senior*innen. Dabei soll die Kommune bei der Gründung beraten und unterstützen. Dies gilt insbesondere für selbstorganisierte, gemeinwohlorientierte Wohnprojekte für Ältere.

Dazu bildet das **Programm Fairer Wohnen** die Grundlage. Ein Aspekt des Programms ist die Vermittlung von Wohnungstausch/Haustausch (klein gegen groß und umgekehrt). Damit soll auch erreicht werden, dass Ältere, wenn sie möchten, in eine kleinere Wohnung umziehen können und das zu groß gewordene Haus für eine Familie frei wird. Idealerweise findet ein solcher Tausch im gleichen Stadtviertel statt, damit die älteren Menschen in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können. Ein weiterer Baustein ist hier die Einrichtung von **Pflegewohngemeinschaften**. Und schließlich muss auch das Angebot an Pflege(heim)-Plätzen ausgebaut werden, insbesondere in den Teilorten. Bei all diesen Vorhaben muss die barrierefreie Gestaltung zur Selbstverständlichkeit werden. Um all das werden wir uns weiter beharrlich kümmern.

Dazu passt die Idee der „Sorgenden Gemeinschaft“; damit sind Netzwerke in der Nachbarschaft gemeint, Leute, die einander kennen und bereit sind, einander zu unterstützen. Für die immer älter werdenden Menschen spielt das eine wichtige Rolle.

Bürgerschaftliches Engagement und Nachbarschaftshilfe

Treffpunkte für Ältere, Beratungsstellen und die kommunalpolitische Vertretung ihrer Interessen gilt es weiterhin zu unterstützen und weiter zu fördern.

Als Beispiele seien die Altenbegegnungsstätte Hirsch, das generationenübergreifende Theaterprojekt Zeitsprung, die Beratungsstelle für Ältere und der Stadtseniorenrat genannt. Viele Senior*innen leisten durch ihr bürgerschaftliches Engagement einen wichtigen Beitrag in unserer Stadt. So engagieren sie sich bei der Integration von Geflüchteten und bei Sprachkursen mit unglaublichem Einsatz. Dafür danken wir ihnen von ganzem Herzen!

Armut im Alter ist auch in Tübingen ein zunehmendes Problem, das durch den Mangel an bezahlbarem Wohnraum und hohe Mieten verschärft wird. Die Stadtpolitik muss hier gegensteuern.

Die KreisBonusCard erleichtert auch für Senior*innen mit niedrigerem Einkommen soziale und kulturelle Teilhabe. Die Stadt macht hier mit. Wir sagen: Sehr gut, bitte mehr davon!

Nahversorgung

Ältere Menschen möchten in der Nähe ihrer Wohnung Dinge des täglichen Lebens vorfinden. Dazu gehören zum Beispiel Einkaufsmöglichkeiten, Ärzt*innen oder auch

Orte der nachbarschaftlichen Begegnung. Das ist leider nicht überall möglich. Wir wollen diese Aspekte im Einzelhandelskonzept der Stadtverwaltung berücksichtigen.

Mobilität

Senior*innen sollen so lange wie möglich selbständig mobil sein können. Darum werden wir Hindernisse für die Fußgänger*innen weiter abbauen und die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum weiter verbessern. Es sollte zudem

- mehr sichere, Überwege an Straßen geben, die ohne Umwege erreichbar sind,
- längere Ampelphasen für den nicht motorisierten Verkehr,
- bequeme, gut ausgeschilderte Fußwegverbindungen und
- mehr Ruhebänke.

Die Busse sind schon relativ gut barrierefrei, aber die Fahrscheinautomaten sollten einfacher und damit während der Fahrt gefahrloser bedienbar sein.

Migrant*innen und Integrationsrat

Viele Menschen kommen nach Tübingen zum Studieren oder zum Arbeiten oder weil sie geflüchtet sind. Manche kehren in ihre Heimat zurück, manche bleiben und finden hier ihre neue Heimat. Insgesamt leben in Tübingen Menschen aus mehr als 140 Ländern. Tübingen, das bedeutet internationale Vielfalt.

In Tübingen leben etwa 25% Menschen mit Migrationsgeschichte. Den Begriff „Migration“ fassen wir bewusst sehr weit. Das kann Migration von Norden nach Süden, von Westen nach Osten oder umgekehrt sein. Auch Menschen, die am Ende des zweiten Weltkriegs zum Beispiel aus Osteuropa, fliehen mussten, haben eine Migrationsgeschichte.

Wir AL/Grüne unterstützen die Integration aller in Tübingen lebenden Menschen, gleich welcher Herkunft und welchen Alters, und setzen uns für Chancengleichheit ein.

Zur Chancengleichheit gehört auch, dass sich Menschen mit Migrationsgeschichte ganz selbstverständlich bei Bürgerbeteiligungen einbringen. Aber auch, dass sie sich für politische Ämter bewerben und aussichtsreiche Listenplätze bei Wahlen erreichen.

Die neu eingeführte BürgerApp richtet sich übrigens an alle Einwohner*innen Tübingens über 16 Jahre, unabhängig davon, ob sie EU-Bürger*in sind oder nicht.

Integrationsrat

Wir AL/Grüne haben uns stark gemacht für die Gründung eines Integrationsrats und eines Integrationskonzepts. Dieses Gremium berät die Stadtverwaltung, die kommunalen Gremien und die Einwohner*innen der Stadt in integrationspolitischen Themen.

Integrationskonzept

Im Integrationskonzept der Stadt Tübingen stehen Fragen und Antworten, wie wir eine erfolgreiche Integration gestalten können. Schneller als gedacht konnten viele der offenen Fragen beantwortet und Probleme gelöst werden.

Deshalb wird das Integrationskonzept zurzeit aktualisiert und weiter verbessert.

Bearbeitet werden alle wichtigen Arbeitsfelder, von der interkulturellen Öffnung der Stadtverwaltung über die Sprachförderung, Bildung und Arbeit bis zur Förderung des freiwilligen Engagements in der Arbeit mit geflüchteten Menschen.

Geflüchtete Menschen

Die meisten der geflüchteten Menschen haben eine monatelange Flucht hinter sich. Das ist **für die Geflüchteten und für die Stadtgesellschaft** eine große Herausforderung. Wir möchten, dass alle, die hier ankommen, sich willkommen, sicher und aufgehoben fühlen. Gemeinsam mit Stadtverwaltung, Gemeinderat **und dem Landkreis, mit Organisationen wie den Martin-Bonhoefer-Häuser und Unterstützerguppen** konnten wir dafür gute Maßnahmen treffen: Dezentrale Anschlussunterbringung, gesundheitliche Versorgung, Begegnung/Alltagsunterstützung und auch Begleitung in die Erwerbstätigkeit.

Wir AL/Grüne haben die Einrichtung der Koordinierungsstelle der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit und der städtischen Fachabteilung „Hilfen für Geflüchtete“ im Gemeinderat besonders unterstützt. Mittlerweile arbeiten in der Fachabteilung 20 Personen.

Die Stadt hat außerdem 60 Millionen Euro in neue Häuser für geflüchtete Menschen investiert. Dafür konnten wir 10% der landesweiten Fördermittel einwerben.

Die **Unterstützerguppen**, das Asylzentrum, die VHS und Infö sind sehr wichtige Anlaufstellen. Für uns AL/Grüne ist es selbstverständlich, dass die Arbeit dieser Institutionen weiter durch städtische Zuschüsse gefördert wird.

Menschen mit Behinderung

Tübingen hat 2017 schon zum dritten Mal die Auszeichnung „Barrierefreie Gemeinde in Baden-Württemberg“ erhalten. Wir sind auf einem guten Weg. Trotzdem gibt es in den nächsten Jahren noch viel zu tun.

2010 ist Tübingen der „Erklärung von Barcelona“ beigetreten. Bei dieser Erklärung geht es um die Rechte von Menschen mit Behinderung auf kommunaler Ebene. Die Stadt hat dafür ein Handlungskonzept „Barrierefreie Stadt Tübingen“ entwickelt. Das muss aktualisiert und weiterentwickelt werden, gemeinsam mit den Betroffenen, gemäß dem Motto „Nichts über uns ohne uns.“

Wohnen

Menschen mit Behinderung wollen und sollen gleichberechtigt am öffentlichen Leben teilhaben. Sie sollen möglichst selbstbestimmt, selbständig und gemeinsam mit Menschen ohne Behinderung leben können. Wir setzen uns dafür ein, dass sich auch ein Mensch mit Behinderung diejenige Wohnform frei wählen kann, die ihr oder ihm in der jeweiligen Lebenssituation passt.

Mit der GWG haben wir eine städtische Wohnbaugesellschaft, mit der wir solche barrierefreien Wohnformen verwirklichen können.

Öffentlicher Bereich

Im öffentlichen Bereich wollen und müssen wir die Barrierefreiheit noch weiter ausbauen, zum Beispiel die kontrastreiche und tastbare Orientierung für Menschen mit Sehbehinderung in der Innenstadt. Und wir brauchen auch noch mehr ampelgesicherte Fußgängerüberwege für Blinde und Sehbehinderte. Wir setzen uns dafür ein, dass immer mehr Gebäude barrierefrei zugänglich werden.

Mit der geplanten Regionalstadtbahn kann es endlich auch Menschen mit Gehbehinderungen gelingen, in der Innenstadt von Tübingen ohne fremde Hilfe den öffentlichen Personenverkehr zu nutzen. Das Programm zur Barrierefreiheit, Gestaltung der Bussteige soll vollendet werden.

Sprache

Manche Menschen mit Lernschwierigkeiten benötigen Informationen in Leichter oder in Einfacher Sprache. Wir setzen uns dafür ein, dass die Internetseiten der Stadt in jeglicher Hinsicht barrierefrei werden. Zudem sollen Veröffentlichungen sowie Formulare leicht verständlich sein und, wo möglich, in Leichte Sprache übersetzt werden.

Bei Veranstaltungen sollen künftig Gebärdensprachdolmetscher*innen eingesetzt werden. Außerdem werden wir darauf bestehen, dass alle öffentlichen Veranstaltungsräume in Tübingen mit induktiven Höranlagen ausgestattet sind.

Arbeitsmarkt

Der Weg in den ersten Arbeitsmarkt ist für viele Menschen mit Behinderung sehr schwierig. Wir unterstützen Initiativen, die sich um dieses Thema kümmern.

Auch die Stadtverwaltung ist hier auf einem guten Weg. Wir wollen darauf schauen, dass sie ihn weiter geht und noch weiter ausbaut.

Unterstützung

Die Arbeit für die Inklusion der Menschen mit Behinderung der Stadtverwaltung sollte personell gestärkt werden. Für soziale Organisationen wie die Lebenshilfe, das Sozialforum mit seinen Selbsthilfegruppen und dem Forum Inklusion und andere, muss die Zuschussförderung gesichert sein, als Wertschätzung ihrer Arbeit.

Gesundheit

Gesundheit ist mehr als die Abwesenheit von Krankheit. Wir setzen uns für mehr Prävention und Gesundheitsförderung ein, unabhängig von Einkommen, Herkunft, Alter, Geschlecht und sozialer Situation. Wir begrüßen den Beitritt der Stadt Tübingen in das Gesunde-Städte-Netzwerk.

Armut darf nicht krank machen. Die Stadt hat im Sinne der kommunalen Daseinsvorsorge für gesunde Lebensverhältnisse in Kita, Schule, Altenheimen und Sporthallen zu sorgen und für Gesundheitsplanung bei der Erschließung von neuen Wohnquartieren.

Speziell für Suchtkranke entsteht derzeit am Kupferhammer eine Substitutionsambulanz. Dort sollen die Betroffenen nicht nur ärztlich versorgt, sondern auch psychologisch betreut werden. Für die bessere Versorgung von Suchtkranken treten wir für die Schaffung von Drogenkonsumräumen sowie die Beschäftigung von genügend Streetworkern ein. Auch wollen wir die Aidshilfe Tübingen/Reutlingen bei ihrer wichtigen Arbeit weiterhin unterstützen.

Wir sind daran interessiert, dass die Stadtverwaltung sich noch stärker für die Gesundheitsvorsorge in der Stadt einsetzt.

Pflege

Die Medizin hat in den letzten Jahren die therapeutischen Möglichkeiten für erkrankte Menschen stark verändert. Wir werden immer älter und Mehrfacherkrankungen nehmen zu. Daraus ergibt sich ein wachsender Pflegebedarf. Ob ambulant, so dass man so lange wie möglich im eigenen häuslichen Umfeld betreut werden kann, oder bei Bedarf stationär, in Wohngruppen, Pflegeheimen, Kurzzeitpflegeeinrichtungen, Hospizen oder im Akutkrankenhaus betreut: in jedem Fall muss gewährleistet sein, dass qualifiziert gepflegt werden kann.

Dazu brauchen wir qualifizierte Gesundheits-, Kranken und Altenpflegepersonen. Wir sehen den Zusammenhang und die zunehmende Problematik des Pflegenotstands und die daraus entstehende Versorgungslücke.

Angesichts der sich verschärfenden Situation hat sich der Gemeinderat im April 2018 auf unseren Antrag hin einstimmig mit einer Resolution an die Politiker*innen in Bund und Land gewandt und sie aufgefordert, die Bedingungen und die Bezahlung in der Altenpflege endlich zu verbessern. Wir wollen eine menschenwürdige Pflege in unserer Stadt für alle, die sie brauchen!

Der Übergang vom stationären zum ambulanten Bereich muss verbessert werden, Für eine bessere Patientenversorgung sind mehr Kurzzeitpflegeplätze zu schaffen, z.B. bei der Altenhilfe Tübingen.

Wir sind solidarisch mit dem Tübinger Bündnis für mehr Personal in unseren Krankenhäusern. Es bemüht sich darum, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und kämpft gegen den Pflegenotstand.

Viele Menschen pflegen ihre Angehörigen zuhause. Auch diese Menschen wollen wir unterstützen.

Entschieden gegen Rassismus und Diskriminierung

Wir als AL/Grüne sagen ganz klar:

Wir setzen uns für Gleichberechtigung in der Gesellschaft und in Tübingen ein. Niemand soll aufgrund von Geschlecht, Aussehen, Herkunft, sexueller Orientierung, Behinderung, Alter, Religion oder Einkommenssituation diskriminiert werden.

Wir als AL/Grüne stehen auf gegen Diskriminierung und Rassismus! Wir unterstützen Projekte in der Stadt, die sich dafür einsetzen, ein Bewusstsein für Diskriminierung und Rassismus im Alltag zu schaffen.

Wir wollen Vorbild sein, indem wir für Akzeptanz und Vielfalt eintreten.

Klar für Toleranz und Gleichbehandlung

Wir AL/Grüne treten für ein Tübingen der Toleranz ein, für ein Klima des wechselseitigen Respekts. Wir sind der Ansicht, dass kulturelle Vielfalt bereichernd für unsere Stadt ist und jede*r von anderen Kulturen etwas lernen kann.

Voraussetzung für ein gelingendes Miteinander ist auch, dass sich alle an die Regeln halten, die wir uns als Gesellschaft gegeben haben. Sie sind unser Übereinkommen über gesellschaftliche Grundwerte und die Basis für erfolgreiche Integration. Wir AL/Grüne setzen uns dafür ein, dass diese Regeln für alle gleichermaßen gelten.

Geschlechtergerechtigkeit

Gleichstellungspolitik – EU-Charta für die Gleichstellung der Geschlechter auf lokaler Ebene

Auf Initiative der Fraktion AL/Grüne hat die Stadtverwaltung 2017 die „EU-Charta für die Gleichstellung der Geschlechter auf kommunaler und regionaler Ebene“ unterzeichnet.

Ziel ist, die Lebenssituationen, Interessen und Bedürfnisse aller Geschlechter bei politischen Entscheidungen und in der Stadtverwaltung zu berücksichtigen. Kommunale Gleichstellungspolitik soll gleichstellungspolitische Maßnahmen fördern, die allen Tübinger*innen zu Gute kommen.

Dazu gehört die Entwicklung und Umsetzung eines kommunalen Gleichstellungs-Aktionsplans. Wir AL/Grüne unterstützen die Stadtverwaltung bei der Aufstellung dieses Aktionsplans bis Ende 2019 und bei der anschließenden Umsetzung.

Gleichstellungspolitik soll sich auch in Form von **Gender Budgeting** ausdrücken. Das bedeutet, der städtische Haushalt soll so geplant werden, dass Ausgaben gerecht auf die verschiedenen Geschlechter verteilt werden.

Geschlechtergerechte Sprache

Wir fordern eine geschlechtergerechte Sprache in sämtlichen Texten der Kommunalpolitik. Wir begrüßen die Überarbeitung des städtischen Leitfadens zur geschlechtergerechten Sprache mit Blick auf Personen aller Geschlechter. Diesen gilt es in allen Bereichen der Stadtverwaltung zu beachten.

Gleichberechtigt in der Arbeitswelt

Frauen haben immer noch häufig schlecht bezahlte Tätigkeiten und Mini-Jobs, weniger Einkommen und sind in Führungs- und Spitzenpositionen deutlich unterrepräsentiert.

Damit alle Berufstätigen Beruf und Familie miteinander vereinbaren können, braucht es gute Kinderbetreuung und flexible Arbeitszeitmodelle auf allen Hierarchiestufen. Das wollen wir auch innerhalb der Stadtverwaltung erreichen.

Führungspositionen innerhalb der Stadtverwaltung sind gerecht unter den Geschlechtern aufzuteilen. Wir finden es gut, dass die Stadt ihren internen Chancengleichheitsplan fortgeschrieben hat. Wir erwarten ein ambitioniertes Ergebnis, damit Führungspositionen ausgewogen besetzt werden.

Projekte wie „Girls' Day“ und „Boys' Day“, die Jugendlichen für ihr Geschlecht bislang untypische Berufe näherbringen, finden wir gut.

Frauen und Partizipation

Vor hundert Jahren wurde das Frauenwahlrecht eingeführt. Damit Frauen in den kommunalen Gremien ausreichend vertreten sind, halten wir AL/Grüne bei den Wahlen die Hälfte unserer Listenplätze für Frauen bereit.

Der Tübinger Gemeinderat ist überwiegend männlich und liegt deutlich über dem Tübinger Altersdurchschnitt von etwa 39 Jahren. Das spiegelt nicht die Tübinger Stadtgesellschaft wider. Also bleiben manche Frauen mit den Themen, die ihr gesellschaftspolitisches Leben betreffen, unsichtbar. Das betrifft beispielsweise nicht-erwerbstätige Frauen, alleinerziehende Mütter, Frauen, die möglicherweise (noch) Sprachbarrieren haben.

Wir fordern und fördern eine gleichberechtigte Teilhabe innerhalb der Gremien.

Auch bei Bürgerbeteiligungsmaßnahmen ist es uns wichtig, dass Frauen gleichermaßen teilnehmen.

Frauen und Sicherheit

Wir wollen unsere Stadt so gestalten, dass die Sicherheit aller Menschen gewährleistet ist.

In Tübingen gibt es deshalb seit 2017 die Kampagne „Arbeitet Uli heute?“. Sie ermöglicht mehr Sicherheit im Nachtleben, zum Beispiel Schutz vor sexueller Belästigung.

Wir unterstützen alle daran beteiligten Initiativen:

- Die Stadtverwaltung
- AGIT – Anlaufstelle für sexualisierte Gewalt in Tübingen für Frauen*Männer
- ADIS e.V. – Antidiskriminierung – Empowerment – Praxisentwicklung
- Gastroeinheit – ein Zusammenschluss Tübinger Nachtgastronomien

In den nächsten Jahren wird der Zentrale Omnibus-Bahnhof (ZOB) am Europaplatz neu gestaltet. Die Beleuchtung ist so geplant, dass sich die Menschen auch bei Dunkelheit sicher fühlen können. Wir fordern ähnliche Maßnahmen für den Alten Botanischen Garten.

Grundsätzlich gilt: Sicherheit kann auch durch gute Stadtplanung erhöht werden. In Quartieren, die beides, Wohnungen und Gewerbe, vereinen, die also nie ausgestorben sind, gibt es viel weniger Übergriffe oder Verbrechen.

Mehrfachdiskriminierung

Frauen werden oft nicht nur aufgrund ihres Geschlechts diskriminiert, sondern auch zum Beispiel auf Grund einer Behinderung oder als Frau mit Migrationshintergrund oder aus mehreren Gründen.

Wir unterstützen Maßnahmen, die helfen, Mehrfachdiskriminierung zu bekämpfen.

Solange z.B. „schwul“ als Schimpfwort genutzt wird, unterstützen wir LSBTTIQ- (Jugend)gruppen um sich in sicheren Räumen auszutauschen. Wir unterstützen Weiterbildungsmaßnahmen für Sozialarbeiter*innen in diesem Bereich.

Armutsprävention und Teilhabeförderung

Ältere Menschen und Alleinerziehende mit ihren Kindern sind am häufigsten von Armut betroffen, auch in Tübingen.

In Tübingen lag in den letzten Jahren der Handlungsschwerpunkt auf der Kinderarmutsprävention und der Förderung der Teilhabe von Familien mit geringem Einkommen. Dazu dient das Programm „Gute Chancen für Kinder - mit Familien aktiv gegen Kinderarmut“. Mit viel bürgerschaftlichen Engagement wird es umgesetzt.

Insbesondere der „**Runde Tisch Kinderarmut**“ ist hier zu nennen. Da treffen sich seit Sommer 2014 viele soziale Vereine und Einrichtungen sowie Vertreter von Stadt und Landkreis und koordinieren ihre Arbeit im Sinne der betroffenen Kinder.

Die **KinderCard** konnte gesichert und erweitert werden:

- stark ermäßigter Nahverkehr
- Angebote in den Ferien
- Sprachkurse

- Kindergeburtstage
- Schwimmen für alle Kinder
- Ermäßigungen in Geschäften
- Tübinger Tafel
- und vieles mehr.

AL/Grüne haben sich insbesondere dafür eingesetzt, dass bedürftige Kinder und Jugendliche ein **verbilligtes Mittagessen in Schulen und Kindertagesstätten** bekommen.

Besonders wichtig ist das **Projekt „TAPs“** – Tübinger Ansprechpartner für Kinderarmut/Kinderchancen. Es wurde ein Netzwerk von über 140 Personen, Vereinen und Institutionen geschaffen. Die TAPs haben sich das Ziel gesetzt, betroffene Eltern über Hilfsangebote zu informieren.

Die **KreisBonusCard** ermöglicht Alleinstehenden und Familien mit niedrigem Einkommen verbilligte Fahrkarten für den ÖPNV und Preisnachlässe bei kommunalen Einrichtungen. So wird es für sie leichter, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

Wir begrüßen es, dass einige Partner*innen ihr Angebot ausweiten und Sonderaktionen durchführen. Positiv ist auch die Aktion „Sahnehäubchen“ und der Verein Wunschbaum e.V., für die sich unter anderem der Jugendgemeinderat engagiert.

Sport

Sport ist Bewegung, Gesundheit, soziale Kompetenz und Freude am Leben. Sport ermutigt die Menschen, ihre Potentiale zu nutzen, fordert zum Wettkampf heraus. Sport verbindet Menschen unterschiedlichster Kulturen. Sportvereine übernehmen eine wichtige, gesellschaftliche Aufgabe, für die sie eine verlässliche kommunale Förderung brauchen.

Bedingt durch die gute Finanzsituation der Stadt wurden in den letzten Jahren etliche Sportplätze und Sporthallen in ganz Tübingen saniert oder auch neu gebaut. Vereine wie die TSG Tübingen (Ehrmannhalle), der Alpenverein und Präventionssport (B12 Halle) konnten mit städtischer Unterstützung ihre Sporthallen bauen. Besonderen Wert legen wir dabei auf Energiesparmaßnahmen. Wir fühlen uns übrigens nicht nur für die städtischen Sporteinrichtungen verantwortlich. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt die Tübinger Sportvereine beim Unterhalt und in der Pflege ihrer Anlagen, wie auch bei der Neubeschaffung von Sportgerätschaften unterstützt.

In Tübingen wächst der Bedarf an weiteren Sportanlagen, sowohl für den Schulsport, als auch für den Vereinssport. Deshalb setzen wir uns für den Bau einer Sporthalle auf Waldhäuser Ost und einer Sporthalle in Derendingen ein, zusätzlich zur Kreissporthalle.

Uns AL/Grüne ist es wichtig, dass Sport, Spiel und Bewegung wieder verstärkt in das Alltagsleben der Menschen eingebunden werden. Denn Fitness und Bewegung

beginnen im Alltag und Sport findet auch außerhalb von Vereinen oder Schulen statt. Dazu sind insbesondere Maßnahmen im unmittelbaren Wohnumfeld wichtig, zum Beispiel Freizeitspielfelder, Bolzplätze oder Spiel- und Bewegungsplätze für alle Generationen. Hinzu kommen offene Sportangebote wie beispielsweise „Sport für Ältere“ im Alten Botanischen Garten.

AL/Grüne haben das Projekt „**3 in One Bewegungspark**“ initiiert. Noch dieses Jahr soll in der Jahnallee, unter der Brücke zum Schlossbergtunnel, ein öffentlicher Bewegungspark für Biker*innen, Skater*innen und Parkour errichtet werden. Das ist in der Verbindung von diesen drei Sportarten so bisher einzigartig in der Region.

In Tübingen wird viel geschwommen. Durch unseren Antrag, die Öffnungszeiten im Uhlandbad zu erweitern und durch mehr Bahnen für schnelle Schwimmer*innen" können wir die vorhandenen Möglichkeiten in den Hallenbädern besser nutzen.

Der Bedarf von weiteren Wasserflächen für den Schulsport, den Vereinssport aber auch für das öffentliche Schwimmen in den Tübinger Hallenbädern ist für uns inzwischen unstrittig. Tübingen braucht mehr Hallenbad-Schwimmflächen. Vieles spricht für ein Hallenbad Süd.

Wir nehmen zur Kenntnis, dass sehr viele, u.a. ältere Menschen das Uhlandbad aufgrund seiner Lage gerne behalten möchten.

Das Tübinger Freibad ist eines der attraktivsten Bäder der Region. Und es soll noch attraktiver werden. Beispielsweise durch Nachtschwimmaktionen und eine Verlängerung der Saison, abhängig von der Wetterlage, von Mitte April bis Anfang Oktober.

Die neuen Sportanlagen sollen zukünftig vor und nach der Freibadsaison, unabhängig vom Bad, für einige Wochen der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen. Auch diese Spielmöglichkeit ist eine Initiative von AL/Grüne.

Die kommunalen Sportangebote brauchen generell kurze, barrierefreie Anfahrtswege und eine Integration ins Stadtbild.

Bürgerbeteiligung

Zur Tübinger Kultur gehört die Beteiligung von interessierten und betroffenen Einwohner*innen an öffentlichen Auseinandersetzungen. Kommunalpolitik ist den Menschen besonders nahe.

Hier fallen die Entscheidungen, die die Einwohner*innen direkt betreffen. Ihre Einschätzungen und das von ihnen eingebrachte Wissen sind wertvoll, damit die Gremien fundiert entscheiden.

2015 hat der Gemeinderat die „Tübinger Grundsätze der Bürgerbeteiligung“ beschlossen. Sie bilden seither eine wichtige Grundlage und sind bei jedem Beteiligungsprozess zurate zu ziehen. Hierzu zählen:

- Klare Spielregeln
- Transparenz während des Verfahrens und im Umgang mit den Ergebnissen
- ausgewogene Teilnehmergruppen
- die Verwaltung hält sich etwas zurück

Thematisch bieten sich viele Bereiche an, von Bebauungsplänen über die Entwicklung der Kulturkonzeption bis hin zum Gleichstellungs-Aktionsplan.

Die Einladung zur Mitwirkung soll möglichst alle erreichen. Dabei spielen die gewählten Orte und Termine ebenso eine Rolle wie der gesamte Zeitaufwand.

Wir sehen zwei einander ergänzende Schienen für die Beteiligung:

- **Punktuelle Beteiligungsverfahren** wie Bürgerforen, Einwohnerbefragungen, Ortsbegehungen, Planungszellen oder Stadtteilkonferenzen.
- **Kontinuierlich arbeitende Gremien** wie den Integrationsrat und den Jugendgemeinderat.

Für einen kontinuierlichen Austausch bieten sich Runde Tische an. So gibt es zum Beispiel den Runden Tisch Kultur, an dem sich Kulturschaffende untereinander und mit der Stadtverwaltung austauschen.

Im März dieses Jahres startete die Tübinger **BürgerApp**, durch die alle Tübinger Einwohner*innen über 16 beteiligt werden können. Das geht mit einem Smartphone, online oder schriftlich, ähnlich wie bei der Briefwahl.

Bürgerschaftlich Engagierte aktiv einbeziehen

In Tübingen tragen außergewöhnlich viele bürgerschaftlich Engagierte einen wichtigen Teil zu einer lebendigen, vielfältigen Gesellschaft bei. Diese Menschen gestalten und bereichern unser Zusammenleben in vielen Bereichen vom Sozialen und Kultur über Naturschutz bis hin zur freiwilligen Feuerwehr und zum Katastrophenschutz.

Diese Engagierten sammeln Wissen und Erfahrungen, die bei politischen Entscheidungen wertvoll sind. Wir wollen daher, dass Verwaltung und Gemeinderat engagierte Bürger*innen frühzeitig in die Entscheidungsfindung einbeziehen.

Verwaltung

Wir wünschen uns eine bürgernahe, transparente Verwaltung. Informationen sollen für die Bürger*innen leicht zugänglich und verständlich formuliert sein. Das Internet bietet hierfür viele Möglichkeiten.

Es gibt einige städtische GmbHs, in denen städtische Aufgaben organisiert sind, zum Beispiel die Stadtwerke. Mitglieder des Gemeinderats können in den Aufsichtsräten Einfluss auf Entscheidungen nehmen. Wir konnten durchsetzen, dass einige der

Aufsichtsratssitzungen öffentlich sind, und begrüßen es, wenn interessierte Bürger*innen zu den Sitzungen kommen. Wir setzen uns dafür ein, dass Aufsichtsratssitzungen so öffentlich wie möglich sind.

Wir als Fraktion

Unsere Fraktionssitzungen sind weitestgehend öffentlich und wir begrüßen gerne Gäste, mit denen wir anstehende Themen diskutieren.

Beteiligung aller

Wir wollen gerne erreichen, dass mehr Frauen, Jugendliche und junge Erwachsene und Menschen mit Behinderung an den öffentlichen Beteiligungsverfahren mitmachen und auch weitere Gruppen, die da bisher eher unterrepräsentiert sind. Wir wollen dabei helfen, Hindernisse aus dem Weg zu schaffen, zum Beispiel durch

- Kinderbetreuung
- Barrierefrei zugängliche Räume für Beteiligungsverfahren
- Dolmetscher*innen für Fremdsprachen und für Gebärdensprache
- Texte in Leichter Sprache

Jugendgemeinderat

Jugendliche wissen am besten, was ihnen in der Stadt fehlt. Ob es ein Jugendcafé ist, mehr öffentlicher Raum, eine Graffitiwand, ein besseres Freizeitangebot oder Busse, die nicht überfüllt sind. Wir finden es gut, dass Mitglieder des Jugendgemeinderats (JGR) an Sitzungen des Gemeinderats teilnehmen. Wir sehen uns aber auch selbst in der Pflicht, auf den JGR und andere Jugendgruppen zuzugehen, wenn Fragen anstehen, die sie betreffen.

Auch wenn sich Kinder und Jugendliche auf andere Weise engagieren, zum Beispiel in Jugendtreffs und Vereinen, möchten wir, dass sie bei Stadtverwaltung und Gemeinderat Gehör finden.

Eine Chance dafür bietet das jährlich stattfindende Kinderrathaus. Wir sind aber auch für andere Formen der Beteiligung offen. Beispielsweise können Kinder der Stadtverwaltung und dem Gemeinderat bei Stadtteilrundgängen mitteilen, was sie in ihrer Umgebung stört oder was sie sich anders wünschen.

Stadtteiltreffs

Stadtteiltreffs übernehmen in größeren Städten die Funktion, die früher der Dorfplatz hatte. Man trifft sich, tauscht sich aus, lernt sich kennen und unternimmt gemeinsam etwas.

In den letzten Jahren hat die Stadtverwaltung gemeinsam mit den Bürger*innen etliche Treffs auf den Weg gebracht. Einige Fraktionsmitglieder waren daran aktiv beteiligt.

Manche Stadtteile verändern sich gravierend, zum Beispiel der Bereich Bismarckstraße, Schaffhausenstraße und Brückenstraße. Es entstehen neue Wohngebiete, insgesamt steigt die Zahl der älteren Menschen, geflüchtete Menschen ziehen zu.

Wir AL/Grüne sind stolz darauf, dass aus der Sozialkonzeption der Stadt bereits viele Maßnahmen für Stadtteiltreffs umgesetzt sind.

Ziele der Stadtteiltreffs

Die Bürger*innen können sich selbst organisieren und eigene Angebote entwickeln. Sie bekommen Informationen zu Dienstleistungen, Angeboten im Stadtteil oder zu aktuellen Veranstaltungen. In den vorhandenen Stadtteiltreffs wird das rege praktiziert.

Die Menschen lernen ihre Nachbar*innen kennen, man ist weniger anonym. Das stärkt den Zusammenhalt in der Nachbarschaft. Außerdem identifizieren sich die Menschen dadurch noch mehr mit ihrem Viertel.

Stadtteiltreffs bieten auch Räume für andere Akteur*innen der Stadt wie zum Beispiel Selbsthilfegruppen oder Vereine.

Die AL-Grüne-Fraktion unterstützt die entsprechenden Initiativen. Die Koordination der Stadtteiltreffs durch eine städtische Mitarbeiterin wird von allen Beteiligten als hilfreich wahrgenommen. Sie hilft beim Auf- und Ausbau sozialraumorientierter Angebote, also für verschiedene Zielgruppen im Einzugsgebiet des Stadtteiltreffs. Sie fördert das bürgerschaftliche Engagement im Quartier. Sie unterstützt außerdem die Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen den Stadtteiltreffs.

4. Gute Bildung – für alle

Gute Bildung verbessert Chancen, eröffnet Möglichkeiten und Horizonte und das lebenslang. Die Stadt Tübingen fördert Bildung bereits mit der Kleinkindbetreuung und setzt sie an den Schulen mit der Schulkindbetreuung fort.

Chancengleichheit für Vorschulkinder

Ein gutes Betreuungsangebot für Kinder ist von fundamentaler Bedeutung. Es trägt dazu bei, dass alle Kinder Bildungschancen bekommen, Chancengleichheit beginnt in der Kita!

Deshalb sind für AL/Grüne sowohl ausreichende Betreuungsplätze als auch die Qualität der Betreuung essentiell. In den vergangenen fünf Jahren hat die Stadt sehr viele neue Plätze für Kinder unter drei Jahren geschaffen. Durch die steigende Zahl an Kindern müssen wir in den nächsten Jahren auch neue Einrichtungen bauen.

Wir AL/Grüne werden uns dafür einsetzen, dass beides weiterhin Hand in Hand geht: ausreichend Plätze in Tübingen und gute Qualität in den Kitas.

Derzeit kann im Kindergartenbereich der Bildungs- und Orientierungsplan des Landes nur gerade so umgesetzt werden. Damit weitergehende pädagogische Vorhaben realisiert werden können, braucht es kleinere Gruppen und mehr Personal. AL/Grüne möchten deshalb besonders die Personalgewinnung und die Personalbindung fördern. Deshalb haben wir bei den Haushaltsverhandlungen sechs weitere PIA-Stellen durchgesetzt, das heißt, sechs weitere Menschen können an Tübinger Kitas eine „praxisintegrierte Ausbildung“ machen.

Tageseltern sind eine wichtige Alternative zur Kita. Der Tageselternverein leistet seit vielen Jahre sehr gute Arbeit in der Vermittlung, Ausbildung und Vernetzung von Tageseltern und Kinderfrauen.

Für ein gutes Schulsystem

Tübingen ist als Kommune und Schulträgerin auf vielerlei Weise an der Arbeit der Schulen beteiligt, zum Beispiel bei

- der Finanzierung der Schulsozialarbeit,
- der Finanzierung der Kernzeitbetreuung,
- der Bereitstellung eines Mittagessens,
- der Einrichtung von Schülercafés und Mensen,
- der pädagogischen Ausgestaltung der Nachmittagsangebote,
- der Koordination der Kooperation von Schulen mit Vereinen,
- der Hausaufgabenbetreuung,
- Unterstützungsmaßnahmen für Schüler*innen in schwierigen Lebenslagen.

Unser Ziel ist eine vielfältige Schullandschaft, die allen Schüler*innen Angebote gemäß ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten macht.

Gemeinschaftsschule und Ganztageschule

Tübingen hat in Baden-Württemberg mit ca. 77% weiterhin die höchste Übergangsquote von Kindern nach der Grundschule auf das Gymnasium. Der Landesdurchschnitt für das Gymnasium liegt bei 44 %. Das heißt, unsere Gymnasien haben einen großen Zulauf; wir werden sie auch in Zukunft nach Kräften unterstützen.

In der **Gemeinschaftsschule** lernen Kinder bis zur 10. Klasse gemeinsam; der Unterricht findet in Lerngruppen statt, wobei die Aufgaben individuell angepasst sind. Grundsätzlich können die Schüler*innen an einer Gemeinschaftsschule einen Hauptschul- oder einen Realschulabschluss machen. Daran kann sich eine berufliche Ausbildung im dualen System anschließen oder der Besuch einer weiterführenden Schule.

Tübingen spielt in Bezug auf die Einführung der Gemeinschaftsschule eine Vorreiterrolle! Heute haben wir hier drei Gemeinschaftsschulen: die Französische Schule, die Gemeinschaftsschule an der Geschwister-Scholl-Schule und die Gemeinschaftsschule West. An letzterer gibt es nun auch eine Oberstufe. Hier können die Schüler*innen aller Gemeinschaftsschulen auch Abitur machen.

Wir begrüßen, dass es diese vielfältigen Schul- und Ausbildungsangebote in Tübingen gibt. Jedes Kind und jede*r Jugendliche soll die Möglichkeit haben, sich den Lernbedürfnissen und Fähigkeiten entsprechend zu entwickeln.

Im vergangenen Sommer erreichten die ersten Gemeinschaftsschüler erfolgreiche Hauptschul- und Realschulabschlüsse. Die Zahl der Schüler*innen mit einem Realschulabschluss betrug 67%, obwohl nur 37% eine Realschulempfehlung mitgebracht hatten. Die Gemeinschaftsschule führt ihre Schüler*innen von einer weniger guten Ausgangsbasis zu ebenso guten Abschlüssen wie die Realschule.

AL/Grüne setzen sich für die Gemeinschaftsschule ein, als eine Schule, an der alle Beteiligten selbstständig und eigenverantwortlich arbeiten können. Wir freuen uns, dass sie einen festen Platz in der Tübinger Schullandschaft gefunden hat.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Ganztageschulen bieten allen Kindern Entwicklungschancen und erleichtern Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Schulsozialarbeit

Wir konnten gerade erst durchsetzen, dass die Schulsozialarbeit an den Grundschulen der Teilorte aufgestockt wird. Und dass ab September 2019 an den Gymnasien mehr Schulsozialarbeit als bisher stattfindet. Dort ist eine Stelle pro 750 Schüler*innen vorgesehen

.

Mensa Derendingen / Feuerhägle

Ganztagesbetrieb braucht eine gute Mensa. Gemeinsame Mahlzeiten sind ein wichtiger Bestandteil, des sozialen und kulturellen Lebens. Die Stadt plant deshalb den Bau einer Mensa im Schulzentrum Feuerhägle. Wir möchten den Kindern, Lehrkräften und sonstigen Bediensteten der Schulen eine Mensa bieten, in der sie sich gesund, regional, nachhaltig und vielfältig ernähren können. Sie soll so gut sein, dass sie eine wirkliche Alternative für die umliegende Gastronomie und Schnellimbisse wird.

Gute Bildung braucht gute Gebäude

Tübingen stärkt seine Schulen auch durch die kontinuierliche Sanierung und Erweiterung der Schulgebäude. Jedes Mal bringt die Stadt die Gebäude dabei auf den neuesten Stand der Technik, was Energie sparen angeht.

Guter Unterricht benötigt eine ausreichende Anzahl an Räumen und eine moderne Ausstattung. Am Uhlandgymnasium hat die Stadt beispielsweise einen hochwertigen Neubau errichtet und den architektonisch wertvollen Altbau aufwändig saniert. An der Geschwister-Scholl-Schule wurden die Fachräume für die Naturwissenschaften, für Bildende Kunst und für Musik modernisiert. Gleichzeitig hat man dafür gesorgt, dass Außenwände und Fenster energetisch aktuellen Anforderungen genügen.

AL/Grüne setzen sich weiterhin für einen kontinuierlichen Ausbau der Schulinfrastruktur ein.

Außerdem müssen wir der **steigenden Kinderzahl Rechnung** tragen. Deshalb wollen wir im Grundschulbereich durch Aus- und Neubau für ausreichend Raum sorgen.

Und schließlich werden auch diese Grundschüler*innen älter. Deshalb werden wir uns mit der Frage beschäftigen müssen, wann und wo Tübingen eine zusätzliche weiterführende Schule baut. Den dafür geeigneten Standort werden wir mit allen Beteiligten gemeinsam finden.

Gute Bildung braucht Digitalisierung

Die digitale Welt verändert das Lernen wie kaum eine gesellschaftliche Entwicklung zuvor. Deshalb ist es notwendig auch an den Schulen digitale Kompetenzen zu vermitteln. Digitale Medien leisten einen Beitrag für mehr Teilhabe und Chancengerechtigkeit.

Denn sie helfen, Lernprozesse individueller zu gestalten und damit der stetig wachsenden Vielfalt an den Schulen zu begegnen. Durch digitale Unterstützung gewonnenen Freiraum können Pädagog*innen für die individuelle Lernbegleitung nutzen. Noch wirksamer ist es, wenn jeweils die Bildungseinrichtung ein pädagogisches Konzept für Bildung und Digitalisierung entwickelt und umsetzt.

Digitale Bildung erfordert einen Internetanschluss, WLAN und eine Ausstattung nach aktuellem Stand der Technik. Wir müssen zudem dringend Fachkräfte, zum Beispiel Fachinformatiker*innen, einstellen, die die Hard- und Software warten und verwalten. So entlasten wir Lehrkräfte, die solche Arbeiten bisher neben ihren normalen Deputaten erledigen müssen.

AL/Grüne unterstützen die Tübinger Schulen dabei, die Digitalisierung voranzutreiben. Dafür verwenden wir Geld aus dem städtischen Haushalt und befürworten darüber

hinaus, neben Geldmitteln des Landes Baden-Württemberg auch solche des Bundes zu nutzen.

Inklusion an der Schule

In Tübingen ist in den letzten Jahren schon viel zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Inklusion getan worden.

Kinder und Jugendliche mit Behinderungen sind nur eine Gruppe der wachsenden Vielfalt der Schüler*innen. Aber viele von ihnen brauchen aufgrund ihrer Behinderung eine besondere Unterstützung, um wie alle am Schulleben teilhaben zu können. Das betrifft die Raumgestaltung, angepasste Möbel, individuelle Lernmittel und Schulbegleiter*innen. Die finanziert zwar der Landkreis, aber Tübingen tut da freiwillig mehr. Nur wenige sind Erzieherinnen, Qualifizierung und Fortbildung ist nötig, Vorbereitungszeit und Zeit für Gespräche zwischen Eltern und Lehrkräften. Und nötig sind auch zumindest ein, zwei zusätzliche unbefristete Stellen, um mit aktuell auftretenden besonderen Situationen flexibel umgehen zu können. Es gibt noch viel zu tun!

Bildungsangebote für geflüchtete Kinder und Erwachsene

Für die Integration geflüchteter Menschen ist der Erwerb der deutschen Sprache zentral. In Tübingen gibt es dazu ein sehr breites Angebot.

Ehrenamtliche Unterstützer*innenkreise bereiten in Gesprächs-Cafés auf die Sprachkurse vor. Diese führen dann VHS, Infö und weitere Anbieter durch, auch hier mit ehrenamtlichen Begleiter*innen.

Auf allen Schulstufen gibt es Vorbereitungsklassen. Das alles ist die Grundlage für ein breites Beratungsangebot, zum Beispiel für Ausbildungsmöglichkeiten und Arbeit bis hin zur Hilfe bei der Bewerbung. Die Stadt fördert diese Beratungsangebote. Sie vergibt auch ein Stipendium für den Start einer handwerklichen Ausbildung.

Dazu kommen noch Angebote von Kultur- und Sportvereinen und schließlich müssen auch die Helfenden für diese Aufgaben fortgebildet werden. AL/Grüne hat das von Anfang an unterstützt und wird das auch weiterhin engagiert tun.

Lebenslanges Lernen

Der Abschluss der Ausbildung und die erste Arbeitsstelle sind nicht das Ende der beruflichen Bildung. Fort- und Weiterbildung werden immer wichtiger. Der Fachkräftemangel und der schnelle Wandel der Anforderungen am Arbeitsplatz, insbesondere durch die Digitalisierung, machen immer mehr Fort- und

Weiterbildungsangebote notwendig. Die Handwerks- und Wirtschaftsorganisationen bieten dazu passende Fort- und Weiterbildungen an.

Aber auch Institutionen wie die Volkshochschule oder die Familienbildungsstätte haben Fort- und Weiterbildungsangebote im Programm und werden von der Stadt gefördert.

Um dem Fachkräftemangel im Pflegebereich zu begegnen bietet das kommunale Pauline-Krone-Heim Ausbildungsplätze im Pflegebereich und im hauswirtschaftlichen Bereich. Das unterstützen wir, indem wir Zuschussanträge des Heims oder der Altenhilfe im Gemeinderat befürworten

.

Kulturelle Bildung soll für alle zugänglich sein

Kulturelle Angebote im Rahmen des lebenslangen Lernens sind vom Kindesalter bis ins späte Erwachsenenalter sinnvoll und sinnstiftend. „kubit“ – kultur.bildung.tübingen“ bietet einen Überblick über die Tübinger Bildungsangebote im Bereich Kultur. Siehe Kapitel 5.

Für Menschen, die eine Behinderung sowie ein geringes Einkommen haben, ist es oft schwierig, an Bildungs- und Kulturangeboten teilzunehmen. Wir haben erreicht, dass jetzt schon Menschen mit KreisBonusCard und einem Grad der Behinderung ab 50% kostenfrei viele Bildungs- und Kulturangebote nutzen können.

5. Für ein vielfältiges Kulturleben

Kunst und Kultur

In Tübingen gibt es täglich bis zu 100 kulturelle Veranstaltungen: Ausstellungen, Theateraufführungen, Kinofilme, Konzerte, Lesungen, Podiumsdiskussionen und vieles andere mehr. Kultur lässt uns die Welt mit anderen Augen sehen und neu denken. Kultur stiftet Identität, bringt uns auf neue Ideen, erweitert unseren Horizont.

Wir AL/Grüne sehen es als eine zentrale kommunale Aufgabe an, die Veranstalter*innen und Träger*innen dieser vielfältigen Kultur zu fördern und zu unterstützen.

Die Zusammenarbeit mit der Universität und den Studierenden auch auf kulturellem Gebiet halten wir für sehr wertvoll. Investitionen in Kunst und Kultur sind Investitionen in die Zukunft!

Verschiedene Sparten der Kunst bieten Vielfalt

Alle Kunstbereiche leisten einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Vielfalt in der Stadt:

- Die Kinos und die fünf Filmfestivals. Wir hoffen, dass sich die Koordination unter den Festivalmacher*innen zukünftig verbessert.
- zwei Ensembletheater, das LTT und das Zimmertheater, dazu Theateraufführungen von Vereinen, Schulen, freien Gruppen oder Wanderbühnen wie der Compagnia Buffo,
- Soziokultur im Sudhaus, Kleinkunst im Club Voltaire, Vorstadttheater, Ausstellungen vom Künstlerbund
- Subkultur verschiedener Richtungen wie z.B Metal, Gothic oder Goa als Spiegel eines eigenen Lifestyles und identitätsstiftende Keimzelle für neue kulturelle Inspirationen.
- Vorträge und Lesungen, an der Universität, im Buchhandel und an anderen Orten
- Musikalische Bildung in der Musikschule, mit einem Orchester, in dem Kinder verschiedener Herkunft zusammen musizieren – auf Instrumenten aus verschiedensten Regionen der Welt. Wir freuen uns über vielfältige kulturelle Begegnungen.
- Chöre und Orchester der Universität, Kirchen und anderer Einrichtungen

Kulturkonzeption

Seit 2012 gibt es in Tübingen eine Kulturkonzeption. Sie verankert Kunst, Kultur und kulturelle Bildung fest in der Stadtpolitik und zeigt, was es alles an kulturellen Angeboten in der Stadt gibt und wie diese in der Zukunft weiterentwickelt werden sollen.

Mit der Kunsthalle, dem Landestheater Tübingen (LTT), dem Zimmertheater, der Musikschule, dem Hölderlinturm, der Stadtbücherei und dem Stadtmuseum gibt es in Tübingen größere kulturelle Einrichtungen, die die Stadt selbst betreibt oder mit Geldern unterstützt. Aber auch die vielen kleineren Kultureinrichtungen und Vereine werden in der Kulturkonzeption für wichtig erachtet. Sie leisten einen außergewöhnlichen Beitrag und sind auf Unterstützung von der Stadt angewiesen.

Die Kulturkonzeption wurde 2017 evaluiert. Ein Ergebnis war, dass Studierende das kulturelle Angebot in der Stadt sehr wenig nutzen. Wir wünschen uns, dass Kultur angeboten wird, die auch Studierende begeistert.

Kulturelle Bildung

Ein Schwerpunkt der Kulturkonzeption ist die kulturelle Bildung. Diese trägt zur persönlichen Entwicklung bei, zum Beispiel durch Theater- und Museumspädagogik oder durch Förderung des individuellen künstlerischen Schaffens. So fördert die Stadt unter anderem:

- die Volkshochschule,
- die Familienbildungsstätte,
- das Deutsch-Amerikanische Institut,
- das Institut Culturel Franco Allemand.

Die Musikschule, die seit 2014 als städtischer Eigenbetrieb geführt wird, ist uns sehr wichtig. Sie deckt die Nachfrage von jüngeren Tübinger*innen ab. Wir setzen uns dafür ein, dass auch Älteren Zugang zu musikalischer Bildung bekommen.

Die **Stadtbücherei** ist ebenfalls ein wichtiger Ort des Kulturlebens. Mit Lesepat*innen, dem LeseHaus und der Kinder- und Jugendbuchwoche fördert sie besonders unter den jungen Tübinger*innen das Interesse für Bücher und damit die Lesefähigkeit.

Unsere städtische Bücherei muss auch als Aufenthalts- und Weiterbildungsort weiter gefördert werden. Dabei muss sie im digitalen Zeitalter, einen Zugang zu allen Medienformen ermöglichen und im Sinne eines Arbeits- und Aufenthaltsortes auch Arbeitsplätze und Zugänge zum Internet bereitstellen.

Wir sind der Ansicht, dass die **in Museen gezeigten Objekte** der Allgemeinheit gehören und frei zugänglich sein müssen. Deshalb haben wir 2018 erreicht, dass Sie das Stadtmuseum kostenfrei besuchen können. Seitdem sind die Besucherzahlen und das Interesse an den Ausstellungen spürbar gestiegen. Dasselbe gilt für die weiteren Angebote des Stadtmuseums. Deshalb hat der Gemeinderat dem Stadtmuseum gerade erst eine Stelle für Museumspädagogik zugestanden.

Auch die Stadtteiltreffs oder die Begegnungsstätte Hirsch haben zunehmend Bildungsangebote im Programm. Dies hilft verschiedenen Bevölkerungsgruppen, insbesondere älteren und in der Mobilität eingeschränkten Menschen.

Zur kulturellen Bildung tragen auch die vielen Ehrenamtlichen bei, die in den letzten Jahren geflüchteten Menschen beim Spracherwerb und bei der Integration geholfen haben. Hierfür bedanken wir uns bei ihnen an dieser Stelle ganz herzlich!

Kulturelle Infrastruktur

In den letzten Jahren haben wir uns dafür eingesetzt, die kulturelle Infrastruktur zu sichern:

- die Kunsthalle wurde saniert und erweitert,
- die Stadtbücherei wurde renoviert,
- der Hölderlinturm wird renoviert,
- die Sanierung der Musikschule ist beschlossen.

Da diese Räume für ihre jeweilige Kultureinrichtung gedacht sind, brauchen Kulturvereine und Künstler*innen weitere Räume für Proben, Auftritte und ihre kreative Arbeit. Die Gebäude und Räume müssen barrierefrei und gut mit dem öffentlichen Nahverkehr erreichbar sein. Zudem sollen sie in der Stadt und den Ortschaften verteilt sein. Stadtteiltreffs können mögliche Orte hierfür sein.

Konzertsaal

Ein Konzertsaal fehlt bisher in Tübingen. Er ist in der Kulturkonzeption vorgesehen. Ein Saal mit guter Akustik ist für das Musikleben in Tübingen wichtig, unter anderem für die zahlreichen Chöre. Es sind noch verschiedene Standorte in der Diskussion: auf dem Europaplatz, beim Alten Botanischen Garten, beim Technischen Rathaus oder beim Uhlandbad. Die Stadtverwaltung ist beauftragt, die Varianten noch genauer zu untersuchen.

Wenn der Konzertsaal am Europaplatz sein soll, wäre eine rasche Entscheidung sinnvoll.

Lern- und Dokumentationszentrum am Güterbahnhof, Aufarbeitung des Unrechts im Nationalsozialismus

Stadt und Universität Tübingen haben die Gleichschaltung während der Herrschaft des nationalsozialistischen Regimes besonders eifertig vollzogen. Eine ganze Reihe Menschen, die an NS-Verbrechen beteiligt waren, und auch führend, kamen aus unserer Stadt. Nach dem Zweiten Weltkrieg hat es lange gedauert, bis die Aufarbeitung dieser Verbrechen in Gang kam.

Erst in den letzten Jahren werden Straßen, die nach NS-Größen benannt waren, umbenannt. Es wurden Gedenktafeln in der Stadt aufgestellt, die auf die NS-Bedeutung von Orten hinweisen, zum Beispiel auf die Neue Aula oder auf das Gebäude, in dem sich heute das Geschäft New Yorker befindet. An Orten, an denen vor dem Holocaust Menschen jüdischer Abstammung lebten, wurden Stolpersteine verlegt.

Aber die Erforschung und Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in Tübingen ist noch längst nicht am Ende. Das wäre die Aufgabe eines Lern- und Dokumentationszentrums über die NS-Zeit in Tübingen, und auch die entschiedene Aufklärung über die Gefahren der rechtsradikalen Entwicklungen der letzten Jahre für die Demokratie. Ein solches Zentrum ist für uns im alten Güterbahnhof am besten untergebracht. Dort zeugt ein Beobachtungsstand für die da geleistete Zwangsarbeit in der Zeit des Nationalsozialismus. Der Verein, der dieses Projekt verfolgt, wird von der Stadt unterstützt und der Gemeinderat hat auch bereits einen Grundsatzbeschluss gefasst. Die Realisierung steht aber noch aus. Die räumlichen Möglichkeiten in der Halle sind schwierig und noch nicht geklärt.

Wir wollen außerdem die Herkunftsforschung zu in der NS-Zeit unrechtmäßig erworbenen Gegenständen, Grundstücken und Immobilien weiter fördern.

Künstler*innen sollen von ihrer Arbeit leben können

Künstler*innen verdienen oft wenig, obwohl sie viel Zeit in ihre Ausbildung investiert haben. Gerade Musiker*innen und Schauspieler*innen haben oft Arbeitszeiten, um die sie viele nicht beneiden. Sie alle leisten mit ihrer Arbeit einen großen Beitrag zur Lebendigkeit unserer Stadt.

Wir unterstützen es deshalb, wenn diejenigen Einkommen der Künstler*innen, auf die die Stadt Einflussmöglichkeiten hat, angehoben werden.

Nachtleben

Räumlichkeiten für Parties gibt es in Tübingen, vor allem für Öffnungszeiten bis in die Morgenstunden, zu wenig. Das Sudhaus darf seit 2017 aus Lärmschutzgründen nur noch eine begrenzte Anzahl an Parties anbieten. Man konzentriert sich dort seitdem auf die Vollmondtänze. Andere Gruppierungen mussten z.B. auf das alte Schlachthaus oder auf das Epplerhaus ausweichen, wo es weniger Raum gibt.

Auch kommerzielle Clubs dienen einer lebenswerten Stadt für Jugendliche und Erwachsene. Wir stehen diesen positiv gegenüber und unterstützen Konzepte für weitere Räumlichkeiten.

Tübingen bekommt eine*n Nachtbürgermeister*in, welche sich für den Interessenausgleich zwischen Feiernden und Anwohner*innen einsetzen wird. Auch eine funktionierende Clublandschaft und lebendige Subkultur brauchen eine Interessenvertretung, die deren Bedeutung für eine lebenswerte Stadt klar macht und für ein gutes Zusammenleben mit den Anwohner*innen sorgt.

Studentische Kultur

Der Bierkeller Tübingen, der in der Studierendenschaft und weit darüber hinaus wegen seiner mannigfaltigen kulturellen Veranstaltungen und als Ort der Zusammenkunft für über 20 Initiativen und Vereine als Instanz bekannt ist, muss im Juni wegen des Mensaumbaus schließen. Wir setzen uns dafür ein, dass er an anderer Stelle im Campusviertel Wilhelmstraße weiterbestehen kann.

Kulturförderung

Wir wollen jungen Initiativen und Kollektive in unsere Kulturlandschaft weiter einbinden. Gerade kleine Kollektive und junge Akteure können davon profitieren, wenn sie Infrastruktur wie Bühnen nutzen können und somit Teil etablierter Veranstaltungen werden können. Dazu gehört aber auch, dass nicht nur die unattraktiven Bühnenzeiten zugewiesen werden, sondern auch die Gestaltung eines ganzen Abends oder die Nutzung einer Location für eine Nacht möglich sind und insbesondere finanzielle und administrative Unterstützung aus der Stadtverwaltung gegeben sind.

Generell wollen wir die Kulturförderung demokratisieren, sodass Mittel für alle Sparten von Kultur zugänglich sind. Lokale Festivals, die für junge Menschen relevant sind, müssen gefördert und Open Air Flächen unkompliziert ausgewiesen werden.

Altes Bahnbetriebswerk

Das Gelände des alten Bahnbetriebswerks wäre für Partyräumen wie auch für weitere kulturelle Nutzarmachung wie z.B. Proberäume oder Künstlerateliers geeignet. Wir unterstützen Initiativen zur Zwischennutzung dieses einzigartigen Gebäudes in das gesellschaftliche Leben der Stadt.

Jugendkultur

Das Jugendcafé Bricks in der Europastraße wurde endlich fertig und wird schon gut genutzt.

Wir wollen auch die kulturellen Interessen der Jugend fördern. Wir begrüßen, dass im Dezember 2018 eine neue Graffitiwand in der Schaffhausenstraße eröffnet wurde, an der legal gesprayt werden darf.

Zentren wie das Epplehaus halten wir für wichtig und schützenswert.

Städtepartnerschaften

Tübingen ist eine internationale Universitätsstadt, die europäische Integration ist hier lebendig. Unsere europäischen Städtepartnerschaften bekommen vor dem Hintergrund des aktuellen Weltgeschehens, zum Beispiel dem Brexit, wieder zunehmende Bedeutung. Wir wollen, dass Schüler*innen auch weiterhin den Austausch mit den Partnerstädten erleben können.

Mit Ann Arbor haben wir eine Partnerschaft zu einer US-amerikanischen Stadt, die insbesondere durch den Partnerschaftsverein und das d.a.i sehr lebendig und präsent ist. So eine Partnerschaft sehen wir zurzeit als enorm wichtig an. Durch sie können wir erfahren, dass, die USA mehr als nur Trump und seine Wähler*innen sind.

Mit unserer russischen Partnerstadt Petrosawodsk findet ein reger, inklusiver Austausch statt. Das gefällt uns sehr gut.

Seit 2014 hat Tübingen auch eine Partnerstadt in Tansania: Moshi. Auch diese Verbindung wird durch einen Freundschaftsverein kräftig gefördert. Es fanden mehrere Bürgerreisen statt, und im Sommer 2018 trat ein Chor aus Moshi in Tübingen auf. Zu den von Tübinger Seite geförderten Projekten in Moshi gehört der Bau einer großen Kompostanlage.

Mit Moshi und Villa El Salvador sind wir bewusst Partnerschaften mit Städten im globalen Süden eingegangen. Wir bemühen uns stets darum, die Partnerschaft gleichberechtigt zu gestalten. Alle Beteiligten haben etwas zu geben, können die Begegnung als Bereicherung erfahren und von den anderen dazulernen.

Vertreter*innen der Partnerstädte tragen positiv zu unserem Kulturleben bei. So lebt der umbrisch-provenzalische Markt von Ständen unserer Partnerstädten Perugia (Umbrien) und Aix-en-Provence. Beim diesjährigen Neujahrsempfang spielte eine Durhamer Band, und bei der Tübinger Kulturnacht 2018 zeigten ebenfalls Künstler*innen aus einigen Partnerstädten ihr Können.

6. Nachhaltig, ökologisch, gemeinwohlorientiert und zukunftsfähig wirtschaften

Dank schwäbischen Tüftlergeists sind wir eine der wohlhabendsten Regionen Europas. Dieser Wohlstand aber ist bedroht. Einerseits durch den technischen Wandel und die rasend fortschreitende Digitalisierung. Andererseits zwingt uns die Zerstörung unseres Planeten zu einem radikalen Umsteuern. Daher muss sich auch die erfolgsverwöhnte schwäbisch-mittelständische Wirtschaft neu erfinden.

Wir sind in Tübingen auf einem guten Weg.

Zahlreiche Start-up-Unternehmen im Bereich Biotechnologie und IT haben sich hier gegründet. Die Nähe zu Universität, Kliniken und Max-Planck-Institut hat zu einem wahren Gründerboom geführt. So sind in den letzten Jahren viele Arbeitsplätze entstanden und die Stadt hat Gewerbesteuererinnahmen so hoch wie noch nie.

Wachstum? Ja, aber bitte ohne Flächenfraß und ohne CO₂.

Bis jetzt war dieses Wachstum unserer heimischen Wirtschaft noch möglich ohne einen einzigen Quadratmeter neuer Gewerbefläche und bei insgesamt zurückgehendem Energieverbrauch. Darauf sind wir stolz! Aber seine Grenzen sind absehbar. Das haben wir im Blick.

Wir wollen diesen Weg weitergehen. Unsere heimischen Betrieben sollen sich zum Wohle aller entfalten dürfen. Die an Universität, Kliniken und Max-Planck-Institut angegliederten Forschungsinstitute sollen mit den Unternehmen zusammenarbeiten und sich austauschen. Die dort arbeitenden Menschen sollen bezahlbaren Wohnraum und verlässliche öffentliche Transportmittel haben. In Kitas, Schulen, Schwimmbädern, Bussen, Bahnen und Radwegen sind Gewerbesteuern gut angelegt. Von einer guten Infrastruktur profitieren auch die Betriebe. Sie können dadurch im Wettbewerb um die besten Köpfe punkten.

Arbeitsplätze statt Parkplätze

Wir wollen möglichst weiterhin auf die Ausweisung der noch möglichen neuen Gewerbegebiete verzichten. Zunächst sollen unsere bestehenden Gewerbegebiete nachverdichtet werden. Hier ist noch erhebliches Potential. Autos gehören ins Parkhaus, nicht auf die Wiese. Große Gewerbeeinheiten können mehrstöckig übereinander statt nebeneinander gebaut werden. Bei einer konsequenten Umsetzung von Nutzungsmischung können bestehende und neue Betriebe auch innerhalb der Quartiere Platz finden – in Neubau und im Bestand (Beispiel Kupferhammer).

Divestment setzt sich dafür ein, dass (öffentliche) Gelder nicht mehr zur Finanzierung fossiler Energien beitragen, sondern nachhaltig investiert werden. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass unsere kommunalen Gelder weiterhin konsequent in sauberen Geldanlagen angelegt werden.

Von fossilen zu erneuerbaren Energien

Energiewende fängt zu Hause an

Wichtiger als die Frage, beheize ich mein Haus mit Öl, Gas, Holz, Pellets, Fernwärme oder Wärmepumpe ist die Frage, wie verbrauche ich möglichst wenig Heizenergie.

Für Neubauten und Neubaugebiete wollen wir künftig Passivhausstandard (KfW 40) erreichen, um die Zuführung des möglichst geringen Restwärmebedarfs aus erneuerbaren Energien, z.B. Geothermie oder Ökostrom, zu ermöglichen. Damit wollen wir den in Tübingen auf unsere Initiative bereits gültigen Niedrigenergiebeschluss erweitern, der bisher für neue Wohngebäude auf ehemals städtischen Grundstücken KfW-55-Standard vorschreibt.

Verwaltung und Stadtwerke sollen außerdem ein Konzept vorlegen, wie die fossile Gewinnung von Strom und Fernwärme durch Erdgas beendet und auf ein Maß beschränkt wird, das durch Verbrennung von Gas aus regenerativen Quellen ohne Energiepflanzenanbau erreicht werden kann. Dieses soll als Biomethan aus Bioabfällen und aus Überschüssen aus regenerativem Strom ("Power to Gas") gewonnen werden. 200 Millionen Euro haben die komplett bürgereigenen Stadtwerke mit kräftiger Unterstützung unserer Mitglieder im Aufsichtsrat und dem Vorsitzenden Boris Palmer bereits investiert. Mit einer künftigen Strategie möchten wir die Umstellung auf CO₂-neutrale Gasgewinnung vorantreiben und die Abhängigkeit von fossilem Erdgas minimieren.

Keinesfalls werden wir akzeptieren, dass Standards zur Energieeffizienz gelockert werden. Selbst wenn dadurch Bauen geringfügig billiger würde, wäre mittelfristig durch höhere Heizkosten nichts gespart.

Gebäude der Stadt und der städtischen Wohnungsbaugesellschaft GWG werden laufend modernisiert und energieeffizient saniert. Die bisherigen Anstrengungen sind loblich, es muss aber noch mehr geschehen.

Die Stadtwerke haben bereits einen Ökostrom-Anteil von 50%. Das ist im nationalen Vergleich sehr gut. Um die notwendigen Klimaschutzziele zu erreichen, müssen wir uns von fossilen Energieträgern unabhängig machen.

Nutzung der Sonnenenergie

Durch den heißen und trockenen Sommer 2018 und der bis in den Dezember reichenden Dürre in Deutschland sind die Auswirkungen des Klimawandels selbst bei den letzten Kritiker*innen angekommen. Wir haben nur einen Planeten!

Jede*r von uns ist aufgefordert, zur CO₂-freien Energiegewinnung beizutragen.

Wir AL/Grüne haben uns die Frage gestellt, welche weiteren Potenziale Tübingen hat, eine sichere, CO₂-freie Energieversorgung innerhalb Tübingens auf- und auszubauen. Begibt man sich in die Vogelperspektive über Tübingen, wird dieses Potential sichtbar! Unser Motto lautet:

„Tübinger Dächer können mehr!“

Sehr große Flächen im Bereich der 1970er Jahre Flachdachbauten, Gewerbedachflächen aber auch klassische Satteldächer sind bisher zu großen Teilen ungenutzt. Sie warten geradezu darauf, ihren Beitrag zur Energiewende zu leisten.

Genau davon wollen wir mit unserer Photovoltaik-Initiative unsere Bürger*innen und Gewerbetreibenden bei bereits bestehenden Gebäuden überzeugen. Auf Wunsch der Fraktion AL/Grüne bieten die Stadtwerke Tübingen bereits heute Beratungsgespräche, in denen sie den wirtschaftlichen Nutzen und innovative Umsetzungshilfen verdeutlichen.

Bei Neubauten müssen die Bauherr*innen zwingend Photovoltaik-Anlagen auf den Dächern der Gebäude anbringen. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag zur CO₂-freien Eigenstromerzeugung in Tübingen.

Das Projekt Energiewende ist eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts für Tübingen, Deutschland und die gesamte Welt. Sie kann nur gemeinschaftlich gelingen. Daher wollen wir gemeinsame Konzepte mit den stadt eigenen Stadtwerken und den Bürger*innen erarbeiten.

Strom wird zukünftig dezentral erzeugt und verteilt. Hier sehen wir Chancen für quartiersbezogene Speicherlösungen, die wir gemeinsam mit den Stadtwerken anbieten und betreiben wollen. Die Versorgungssicherheit Tübingens wächst durch diese Maßnahme und belässt annähernd die komplette Wertschöpfung in Tübingen.

Wir AL/Grüne sehen in der Photovoltaik-Initiative einen relativ schnell umsetzbaren Lösungsansatz, mit dem wir die Klimaerwärmung begrenzen können. Gleichzeitig produzieren wir mehr Strom denn je hier vor Ort.

Gewerbe und Gewerbeflächen

Tübinger Industrie-, Handels-, Handwerks- und Gewerbebetriebe haben durch ihre erfolgreiche Tätigkeit in unserer Stadt weit über 40 Millionen Euro zum Haushalt beigetragen. Hartmetallverarbeitung, Medizintechnik, Chemie- und IT-Firmen von Weltruf sind in unserer Stadt. Ohne diesen Beitrag der Tübinger Betriebe wären die vielen sozialen, ökologischen und kulturellen Aufgaben in der Stadt nicht zu stemmen.

Auch der gemeinsam mit Reutlingen initiierte Technologiepark hat für zukunftsfeste Arbeitsplätze gesorgt. Forschungsergebnisse werden zu konkreten Beschäftigungsfeldern.

In einigen der Gebäude, die nun neu auf der Oberen Viehweide errichtet werden, soll Forschung zur Künstlichen Intelligenz (KI) stattfinden. Und zwar im Rahmen des Projekts Cyber Valley, dem Spitzenforschungsprojekt, an dem die Universität Stuttgart, die Universität Tübingen, das Max-Planck-Institut und sieben große Industrieunternehmen beteiligt sind. Dieses Projekt wird vom Land Baden-Württemberg stark gefördert.

Baden-Württemberg verdankt bisher noch einen Großteil seines Wohlstands dem Auto und dem Verbrennungsmotor. Diese Branche verliert an Bedeutung. Daher, so argumentiert die Landesregierung, müssen Alternativen geschaffen werden. Und deshalb steckt sie Millionen in das Projekt Cyber Valley.

Die Entwicklung von KI samt ihren möglichen weiteren Fortschritten erzeugt aber auch Probleme, und die lösen auch Ängste aus. Niemand weiß genau, welche Konsequenzen die KI für uns alle hat. Die AL-Grüne-Fraktion hat angeregt, dass jetzt eine Ethik-Kommission gebildet wird, die die KI-Forschung in Baden-Württemberg begleiten soll. In ihr sollen neben den Wissenschaftlern die Landesregierung, das Welt-Ethos-Institut, die Stadt Tübingen und weitere vertreten sein.

Besonders provozierend war und ist für einen Teil der Tübinger*innen die Mitwirkung von Amazon im Forschungsverbund Cyber Valley und die geplante Ansiedlung von Amazon auf der Oberen Viehweide. Nicht zuletzt die Mitwirkung von Amazon hat dazu geführt, dass eine Gruppe von Studierenden im Dezember einen Hörsaal im Kupferbau über mehrere Wochen besetzt hat.

Amazon steht unter anderem in der Kritik, weil es den Einzelhandel schädigt und schlecht mit einem Teil seiner Mitarbeiter*innen umgeht. Viele Tübinger*innen, auch viele Grüne fragen sich, was wohl dabei rauskommen wird, wenn Amazon KI-Forschung betreibt, und die Antwort des Konzerns – „Es geht uns darum, das Kundenerlebnis zu verbessern.“ – stimmt sie eher noch misstrauischer. Diejenigen, die es richtig finden, dass Amazon beim Cyber-Valley mitwirkt, weisen darauf hin, dass Amazon bereit ist, viel Geld in Baden-Württemberg, genauer in Tübingen, zu investieren, Geld, das der Konzern sonst an einem anderen Ort investieren würde.

Sie betonen, dass Baden-Württemberg nur im Verbund mit einem 'Global Player' wie Amazon die Chance hat, einer der weltweit wichtigsten KI-Forschungs-Standorte zu werden. Sie finden, Tübingen ist dafür besonders geeignet, weil hier kritische Menschen leben, die das Projekt KI kritisch begleiten.

In Bezug auf die Obere Viehweide hat Amazon einen süddeutschen Investor beauftragt, das für Amazon interessante Grundstück von der Stadt zu erwerben und zu bebauen. Die Stadt hat an die Käuferseite einige Bedingungen gestellt und durchgesetzt, dass im geplanten Gebäude auch öffentliche Nutzungen vorgesehen sind. Das hat die Planungen in die Länge gezogen. Daher hat der Gemeinderat im Dezember mehrheitlich entschieden, die Option für den Kauf dieses Grundstücks bis Herbst 2019 zu verlängern. Die Mehrheit unserer Fraktion stimmte dafür, einige, die Amazon lieber nicht in Tübingen sehen wollen, stimmten dagegen.

Wir begleiten die weitere Entwicklung des Entscheidungsprozesses kritisch. Bis Amazon in Tübingen eventuell bauen könnte hat der Gemeinderat auf unsere Initiative hin den im Herbst anstehenden Beschluss über den Verkauf eines städtischen Grundstücks mit einer wichtigen Auflage verknüpft: Die europäische Forschung an der künstlichen Intelligenz im Cyber Valley muss sich mit den industriellen Partnern an regelmäßig nachprüfbar, ethische Regeln halten.

Im Herbst 2019 müssen überprüfbar ethische Leitlinien vorliegen, denen die industriellen KI-Partner zustimmen müssen. Wir werden unsere Entscheidung davon abhängig machen.

Wir sehen und akzeptieren Grenzen des Wachstums

Es sollte nicht mehr darum gehen, immer mehr Arbeitsplätze in der Stadt zu schaffen. Denn mehr Arbeitsplätze bedeuten weiteren Zuzug und weiteren Bedarf an Wohnraum und Infrastruktur.

Für Betriebe mit Wurzeln aus Tübingen, Ausgründungen aus der Universität und mit diesen zusammenarbeitenden Firmen können wir begrenzt weitere Gewerbeflächen zur Verfügung stellen. Diese werden dicht und möglichst hoch, aber auch nachbarschaftsverträglich bebaut und belegt.

Bei der Ansiedlung neuer Firmen ist eine Kooperation mit umliegenden Gemeinden denkbar, in denen noch Fläche verfügbar ist. Mit den Umlandgemeinden wollen wir Gespräche für eine gemeinsame Gewerbeflächenstrategie führen. Damit nicht nur in Tübingen sparsam mit Gewerbeflächen umgegangen wird, aber damit auch Betriebe eine Chance außerhalb von Tübingen erkennen. Mit der Entwicklung des ÖPNV und der Stadtbahn wird das Ein- und Auspendeln auch ohne Individualverkehr möglich sein.

Es sollte auch um die Frage gehen, wo Wachstum einem Schrumpfen gegenüber steht. Ein fast einmaliges Beispiel ist der gelungene Rückbau der alten B 27 zwischen dem Tübinger Wohnviertel Alte Weberei und Kirchentellinsfurt.

Wir wissen von vielen ungenutzten Gebäuden in der weiteren Region. Welche Anreize könnten gegeben werden, um nicht mehr benötigte, versiegelte Verkehrs-, Wohn-, oder Gewerbeflächen der Landwirtschaft oder der Natur zurückzugeben?

Wir bemühen uns um Ausgleich der Bedürfnisse von Ökologie, Wirtschaft und sozialen und kulturellen Belangen.

Für eine Lebenswerte Stadt. Für alle.

Naturverträgliche und gemeinwohlorientierte Wirtschaft und Landwirtschaft in Tübingen

Fair Trade Stadt Tübingen

Tübingen ist die 32. Fair Trade Stadt von 576 zertifizierten Fair Trade Städten in Deutschland. Wir wollen uns mit der einfachen Erfüllung der Kriterien nicht zufriedengeben. AL-Grüne wollen weiter lokale Einzelhandelsgeschäfte, Floristen, sowie Cafés und Restaurants ermutigen, Produkte aus Fairem Handel anzubieten oder das bestehende Sortiment zu erweitern. Darüber hinaus gilt es auch in öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Vereinen und Kirchen das bestehende Angebot auszuweiten und Bildungsaktivitäten zum Thema fairer Handel umzusetzen, z.B. im Rahmen weiterer Kampagnen von TransFair.

Gemeinwohl-Ökonomie

Die Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) steht für ein ethisches Wirtschaftsmodell, welches das Wohl von Mensch und Umwelt zum obersten Ziel des Wirtschaftens erhebt. Bereits 2015 hat die Regierung in Baden-Württemberg sich in ihrem Programm auf die GWÖ verpflichtet und die Gemeinwohl-Bilanzierung eines Landesbetriebes versprochen. Wir möchten in Tübingen diesem Beispiel folgen und setzen uns für eine Zertifizierung eines Städtischen Betriebs ein. Wir wollen Tübinger Unternehmen ermutigen diesem Beispiel zu folgen. Einzelpersonen oder Gruppen zum Mitmachen bewegen und bestehende Gruppen (Stadt im Wandel – Transition Town) bei ihrer Arbeit zu unterstützen.

Ökologische Landwirtschaft, SOLAWI

Wir möchten die Umstellung auf ökologische Landwirtschaft vorantreiben. Um Landwirte dafür zu gewinnen, möchten wir eine Direktvermarktung des Produkts über Märkte oder über die Förderung einer solidarischen Landwirtschaft (SOLAWI). Darunter versteht man beispielsweise die gemeinschaftsgetragene Bewirtschaftung einer Ackerfläche zum Gemüseanbau mit der garantierten Abnahme der Erzeugnisse durch Menschen aus der Region. Dabei werden auch weitere Transportwege gespart. Dieser Gedanke spiegelt sich auch in dem mehrmals jährlich stattfindenden Regionalmarkt wider. AL/Grüne unterstützen und fördern diese Initiativen, die eine nachhaltige Entwicklung für eine gesunde, regionale und saisonale Ernährung umsetzen.

Urbanes Gärtnern und „Essbare Stadt“

Urbanes Gärtnern, Foodsharing, „Essbare Stadt“ sind Initiativen, die teilweise schon aktiv betrieben werden oder von Bürger*innen angestrebt werden. AL/Grüne wollen diese Aktivitäten unterstützen, um die Atmosphäre in der Stadt angenehm und nachhaltig zu gestalten. Wir schaffen neue Möglichkeiten wie (mobile) Gemeinschaftsgärten durch Hochbeete und von Einzelnen oder Gruppen betreute Grünflächen im öffentlichen Raum. Die Stadt wird belebt und die Natur in der Stadt erfahrbar. Damit erreichen wir nachhaltige Entwicklung und mehr Lebensqualität für Tübingen.